

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2002 — 2419

[C — 2002/33050]

18. MÄRZ 2002 — Dekret zur Infrastruktur (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Auf alle Infrastrukturvorhaben anwendbare Bestimmungen

Abschnitt 1 — Anwendungsbereich

Zielsetzung

Artikel 1 - Vorliegendes Dekret legt die Bedingungen fest, unter denen die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Zuschüsse für Infrastrukturvorhaben im deutschen Sprachgebiet gewährt.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung dieses Dekretes sind unter Infrastrukturvorhaben zu verstehen:

1. Neubau von Gebäuden oder Außeninfrastrukturen;
2. Erwerb oder Enteignung von Grundstücken, Gebäuden oder Teilen von Gebäuden;
3. Umbau oder Erweiterung eines bestehenden Gebäudes oder einer Außeninfrastruktur;
4. Instandsetzungsarbeiten an bestehenden Gebäuden oder Außeninfrastrukturen;
5. Einrichtung mit Gütern, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder ihres Verwendungszwecks unbeweglich sind und die für die Nutzung der Immobilie oder der Außeninfrastrukturen unentbehrlich sind;
6. Ausstattung mit beweglichen Gütern, die für die Nutzung der Immobilie oder der Außeninfrastrukturen unentbehrlich sind;
7. Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im unmittelbaren Umfeld der Infrastruktur;
8. Maßnahmen zur behindertengerechten Gestaltung oder zur Verbesserung im Bereich der Sicherheit;
9. Maßnahmen zur besonderen Berücksichtigung von Aspekten des nachhaltigen Bauens.

Mehrere der in Absatz 1 genannten Infrastrukturvorhaben können in einem Projekt zusammengeschlossen werden.

Alle im vorliegenden Dekret angeführten Beträge verstehen sich ausschließlich der Mehrwertsteuer.

Alternative Finanzierungen

Art. 3 - Infrastrukturvorhaben, die auf eine alternative Weise finanziert werden, können bezuschusst werden, wenn das Einverständnis der Regierung vor Abschluss eines entsprechenden Vertrages eingeholt wurde. Dieses Einverständnis eröffnet das Anrecht auf Bezuschussung, deren Höhe den aktualisierten Betrag in Anwendung des vorliegenden Dekretes nicht überschreiten darf, es sei denn, der Zuschuss wird ebenfalls alternativ finanziert.

Die Regierung legt die Modalitäten für die Anwendung des vorigen Absatzes fest, wobei sie Abweichungen von Artikel 18 vorsehen kann.

Abschnitt 2 — Allgemeine Bestimmungen

Öffentliche Auftragsvergabe

Art. 4 - § 1 - Alle Antragsteller unterliegen den auf die öffentlichen Behörden anwendbaren Bestimmungen der Gesetzgebung über die öffentlichen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge.

§ 2 - Bei öffentlicher Auftragsvergabe:

— teilt der Antragsteller der Regierung mindestens 14 Tage im Voraus das Datum der Angebotseröffnung schriftlich mit, zu der diese einen Beauftragten entsenden kann;

— sind die Protokolle der Submissionseröffnung mit dem Bericht der Regierung zuzustellen, die binnen vierzehn Tagen ihre Einwände geltend machen kann.

Voraussetzungen für die Bezuschussung von Infrastrukturvorhaben

Art. 5 - Um bezuschussbar zu sein, entsprechen die Infrastrukturvorhaben insbesondere den geltenden Programmierungsnormen, den geltenden Vorschriften im Bereich der behindertengerechten Gestaltung, der Raumordnung und der Landschafts- und Denkmalpflege sowie den von der Regierung in Anwendung von Artikel 7 festgelegten Regeln. Außerdem ordnen sie sich harmonisch in das Ortsbild ein.

Das in Artikel 2 Nr. 7 erwähnte Infrastrukturvorhaben ist nur bezuschussbar, insofern es nicht von anderen Behörden bezuschusst werden kann oder wenn ein Zuschuss beantragt, aber nicht gewährt wurde.

Nutzung

Art. 6 - Die allgemein zugänglichen Räume in den von der Gemeinschaft finanzierten oder bezuschussten Infrastrukturen stehen der Öffentlichkeit frei von jeder Form einer Diskriminierung aus ideologischen oder philosophischen Gründen offen.

Auftrag an die Regierung

Art. 7 - Die Regierung kann bezüglich der Bezuschussung von Infrastrukturvorhaben:

1. für alle oder für bestimmte sachliche Zuständigkeitsbereiche, insofern sie nicht durch vorliegendes Dekret geregelt werden, allgemeine Höchstbeträge oder Höchstbeträge pro Maßeinheit als Zuschussgrundlage für Infrastrukturzuschüsse festlegen; dabei kann sie die Höchstbeträge auch nach bautechnischen Gesichtspunkten differenzieren;
2. für einzelne oder alle Bereiche Programmierungsnormen festlegen;
3. Fristen für die Bezuschussung von Instandsetzungsarbeiten oder die Erneuerung von Einrichtung und Ausstattung vorsehen;
4. Regeln zur Nutzung von bezuschussten Infrastrukturen durch andere Nutzer als die Träger festlegen;
5. spezifische Vorschriften zur behindertengerechten Gestaltung der bezuschussten Infrastrukturen festlegen;
6. spezifische Vorschriften hinsichtlich der Verwendung von Baumaterialien, der Optimierung der Energienutzung oder anderer Aspekte des nachhaltigen Bauens festlegen.

Abschnitt 3 — Infrastrukturplan

Zielsetzung

Art. 8 - Der Infrastrukturplan beinhaltet die Liste der in einem bestimmten Zeitraum durchzuführenden Infrastrukturvorhaben.

Der Infrastrukturplan ist das Resultat:

- der notwendigen Instandsetzungsarbeiten, die aufgrund einer Bestandsaufnahme aller von der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanzierten oder bezuschussten Infrastrukturen ermittelt wurden;
- des Neubedarfs, der aufgrund einer umfassenden und längerfristigen Bedarfsanalyse ermittelt wurde, wobei alle in einem bestimmten geographischen Umkreis bestehenden Infrastrukturen, die von einem Antragsteller genutzt werden können, berücksichtigt werden müssen;
- der Vereinbarkeit der Infrastrukturvorhaben mit der längerfristigen Finanzplanung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Verabschiedung

Art. 9 - Die Regierung verabschiedet nach Konzertierung mit den Gemeinden einen mehrjährigen Infrastrukturplan, der jährlich aktualisiert wird.

Der Infrastrukturplan wird dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit dem Haushaltsentwurf übermittelt.

Voraussetzung für die Bezuschussung

Art. 10 - Um bezuschussbar zu sein, muss ein Infrastrukturvorhaben im Infrastrukturplan aufgenommen sein, mit Ausnahme des in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 vorgesehenen Infrastrukturvorhabens.

Bei besonders begründeter äußerster Dringlichkeit kann die Regierung ein nicht im Infrastrukturplan vorgesehenes Infrastrukturvorhaben genehmigen.

Abschnitt 4 — Die Bezuschussung

Unterabschnitt 1 - Bedingungen

Antragsteller

Art. 11 - Privatrechtliche Personen, die nicht in Absatz 2 aufgeführt sind, können ausschließlich Zuschüsse erhalten für:

1. die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 1 und Nrn. 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben für Hotelbetriebe und Campingplätze;
2. die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben für Ferienwohnungen;
3. das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 4 vorgesehene Infrastrukturvorhaben an unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden und Landschaften;
4. Infrastrukturvorhaben für Unterrichtseinrichtungen, Internate und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren.

Können in den Genuss von Zuschüssen für Infrastrukturvorhaben in allen Bereichen kommen, insofern sie im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig sind:

1. Gemeinden;
2. autonome Regien;
3. Interkommunalen;
4. Kirchenfabriken;
5. Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht;
6. Stiftungen;
7. öffentliche Sozialhilfezentren;
8. Gesellschaften mit sozialer Zielsetzung;
9. Baugenossenschaften;
10. alle anderen öffentlichen Einrichtungen.

Eigentumsverhältnisse

Art. 12 - Außer für die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 2 erwähnten Infrastrukturvorhaben kann ein Zuschuss nur gewährt werden, wenn der Antragsteller Eigentümer der bestehenden Immobilie beziehungsweise des Grundstücks ist, auf dem die Infrastruktur errichtet wird, oder im Besitz eines Erbpacht-, Erbbau- oder Mietvertrages ist, mit einer Laufzeit bei Antragstellung von mindestens:

- 3 Jahren, wenn der Gesamtzuschuss weniger als 7.500 EUR beträgt;
- 12 Jahren, wenn der Gesamtzuschuss weniger als 125.000 EUR beträgt;
- 20 Jahren, wenn der Gesamtzuschuss weniger als 250.000 EUR beträgt;
- 33 Jahren, wenn der Gesamtzuschuss mindestens 250.000 EUR beträgt.

Der Erbpacht-, Erbbau- oder Mietvertrag sieht im Falle einer vorzeitigen Kündigung durch den Vermieter oder bei einer Auflösung durch Verschulden des Vermieters die in Artikel 25 erwähnte Rückforderung der Zuschüsse zu Lasten des Vermieters vor. Die Bestimmungen des Vertrages dürfen die Ausführung der Arbeiten, für die Zuschüsse beantragt werden, nicht behindern.

Versicherung

Art. 13 - Die zu bezuschussende Immobilie oder Einrichtung ist gegen Feuer und andere Gefahren, was die einfachen Risiken betrifft, im Sinne der Gesetzgebung über die Landesversicherung zu versichern. Wenn sie gesetzlich vorgeschrieben ist, muss eine Versicherung bezüglich der objektiven Haftpflicht abgeschlossen werden.

Baustellenkontrolle

Art. 14 - Bei Projekten, deren Gesamtkosten mindestens 400.000 EUR betragen, muss mit einem anerkannten Unternehmen ein Vertrag zur Baustellenkontrolle und der damit einhergehenden Zehnjahresgarantieversicherung sowie eine Baustellenversicherung abgeschlossen werden.

Finanzplan

Art. 15 - Zuschüsse werden nur dann gewährt, wenn der Antragsteller den Nachweis erbringt, dass die Finanzierung des Teils der Ausgaben, der nicht durch diese Zuschüsse abgedeckt ist, abgesichert ist.

Dieser Nachweis wird im Rahmen eines detaillierten Finanzplans erbracht, der unter anderem eine Analyse der Betriebs- und Folgekosten enthält und aus dem gegebenenfalls hervorgeht, wie die Kosten auf den Endverbraucher umgelegt werden.

Bei Projekten, deren Gesamtkosten mindestens 400.000 EUR betragen oder für die in Artikel 27 erwähnte Garantie der Gemeinschaft beantragt wird, muss dem Finanzplan ein vom zuständigen Gemeindevorsteher oder von einem anerkannten Revisor oder Buchhaltungsexperten erstelltes Gutachten beigefügt werden.

Unterabschnitt 2 — Höhe des Zuschusses

Allgemeine Sätze

Art. 16 - Der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1-5 und Nrn. 7-9 erwähnten Infrastrukturvorhaben beträgt 60% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Der Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben beträgt 50% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Der Zuschuss ist auf gegebenenfalls geltende Höchstbeträge begrenzt.

Berechnungsgrundlage des Zuschusses

Art. 17 - § 1 - Der Gesamtbetrag der für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Ausgaben in Bezug auf die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1, 3-5 und 7-9 erwähnten Infrastrukturvorhaben umfasst alle im Zusammenhang mit den Infrastrukturvorhaben anfallenden wirklich verausgabten Kosten, insbesondere die Arbeits- und Materialkosten, die gesetzlich vorgeschriebene Preisrevision, die durch den gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitskoordinator und die durch die Baustellenversicherung beziehungsweise -kontrolle entstehenden Kosten, die Mehrwertsteuer, wenn sie nicht rückerstattet wird, und die Honorarkosten der Architekten, Ingenieure oder anderer Experten.

Die im Rahmen des zugesagten Höchstbetrags aufgrund von Abweichungen vom genehmigten Projekt entstandenen Kosten können als annehmbare Ausgaben berücksichtigt werden, wenn die Regierung diese vorab genehmigt hat.

Annehmbare Ausgaben zur Vorbereitung des in Artikel 21 erwähnten Antrags, die vor Erteilung der definitiven Zusage der Regierung entstanden sind, kommen nur dann für eine Bezuschussung in Betracht, wenn das betreffende Infrastrukturvorhaben bezuschusst wird.

§ 2 - Der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 2 erwähnten Infrastrukturvorhaben wird auf einer Grundlage berechnet, die die Schätzung des zuständigen Einnehmers des Registrierungsamtes, des zuständigen Beamten des staatlichen Immobilienerwerbskomitees oder eines vereidigten Einschätzers, eventuell erhöht um die gesetzlich vorgesehene oder die von Behörden gezahlte Wiederanlegungsentschädigung oder Pachtentschädigung, nicht überschreiten darf.

Der Gesamtbetrag der für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Ausgaben in Bezug auf die in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben umfasst den von der Regierung gebilligten Kaufpreis, die Mehrwertsteuer, insofern sie nicht erstattet wird, und die Honorarkosten der Projektautoren.

Unterabschnitt 3 — Auszahlung des Zuschusses

Auszahlung

Art. 18 - § 1 - Der Zuschuss wird nach Beendigung oder Abnahme der Arbeiten beziehungsweise nach dem Ankauf aufgrund der vorgelegten Rechnungs- und Zahlungsbelege und nach Zustellung der in Artikel 13 angeführten Versicherungspolice ausgezahlt.

§ 2 - Es können proportionale Auszahlungen des Gesamtzuschusses erfolgen.

Die zu diesem Zweck eingereichten detaillierten Fortschrittserklärungen müssen vom Bauherrn oder Architekten gutgeheißen werden und jeweils einem Mindestbetrag von 10.000 EUR entsprechen.

Die proportionalen Auszahlungen dürfen höchstens 90% des Gesamtzuschusses betragen.

§ 3 - Nach Beendigung oder Abnahme der Arbeiten erfolgt anhand aller notwendigen Belege die Endabrechnung. Dabei wird unter anderem eine begründete Aufstellung aller Abweichungen von den im Lastenheft vermerkten Arbeiten eingereicht.

Spätestens fünf Jahre nach Erteilung der in den Artikeln 21 bis 24 angeführten definitiven Zusage beziehungsweise Genehmigung der Regierung werden die endgültigen Belege eingereicht. Bei laufenden Gerichtsverfahren, die die Fertigstellung eines Projekts verzögern, kann die Regierung diese Frist verlängern.

Abschnitt 5 — Verfahren

Unterabschnitt 1 — Allgemeines Verfahren

Anmeldung von Infrastrukturvorhaben

Art. 19 - § 1 - Der Antragsteller meldet ein Infrastrukturvorhaben bei der Regierung an. Zu diesem Zweck sind mindestens folgende Unterlagen einzureichen, insofern sie für das Infrastrukturvorhaben erforderlich sind:

1. Angaben zur Identität des Antragstellers sowie gegebenenfalls eine Abschrift der im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlichten Satzungen, die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates und die Mehrwertsteuernummer;

2. ein Nützlichkeits- und Bedarfsnachweis in Bezug auf die aktuellen und potentiellen Nutzer der Infrastruktur sowie eine detaillierte Beschreibung des geplanten Infrastrukturvorhabens;

3. eine Skizze zur Verdeutlichung des Infrastrukturvorhabens;

4. eine Schätzung der Kosten und der Ausführungsfristen;

5. der Beleg für die eventuelle Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer;

6. der Grundriss des Finanzplans;

7. der Nachweis des prinzipiellen Einverständnisses der Gemeinde beziehungsweise der Gemeinden zur Beteiligung an der Finanzierung, wenn dieses im Finanzplan vorgesehen ist;

8. der Nachweis der Vereinbarkeit des Infrastrukturvorhabens mit den geltenden Programmierungsnormen;

9. der Nachweis der definitiven Unterschutzstellung der Immobilie.

Die Regierung kann Fristen für die Anmeldung von Infrastrukturvorhaben vorsehen.

§ 2 - Die Anmeldungen, die alle erforderlichen Unterlagen enthalten, werden in einen Registrierungskatalog eingetragen.

Die Eintragung in den Registrierungskatalog gibt dem Antragsteller das Recht, von der Regierung angehört zu werden.

Aufnahme in den Infrastrukturplan

Art. 20 - Die Regierung beschließt in Anwendung von Artikel 8 und auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen über die Aufnahme eines registrierten Infrastrukturvorhabens in den Infrastrukturplan, der gemäß Artikel 9 verabschiedet wird.

Die Regierung kann Experten mit der Erstellung von Gutachten in Bezug auf die Aufnahme von Infrastrukturvorhaben in den Infrastrukturplan beauftragen.

Die Regierung informiert den Antragsteller binnen zwei Wochen über die Aufnahme seines Infrastrukturvorhabens in den Infrastrukturplan.

Die Aufnahme eines Infrastrukturvorhabens in den Infrastrukturplan gibt dem Antragsteller das Recht, von der Regierung angehört zu werden.

Antrag auf Bezuschussung

Art. 21 - § 1 - Nach Aufnahme eines Infrastrukturvorhabens in den Infrastrukturplan kann der Antragsteller einen Antrag auf Bezuschussung bei der Regierung einreichen. Diesem sind mindestens folgende Unterlagen beizufügen, insofern sie für das Infrastrukturvorhaben erforderlich sind:

1. der Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Miet-, Erbpacht- oder Erbbauvertrags;

2. eine Abschrift des Beschlusses des befugten Organs mit der Bezeichnung des Projektautors und der Festlegung des Vergabeverfahrens;

3. das Lastenheft oder die Kostenvoranschläge;

4. die Pläne des Gebäudes mit Angabe der Zweckbestimmung der einzelnen Räume;

5. der in Artikel 15 erwähnte Finanzplan;

6. der Nachweis der Finanzierungsabsicherung des Teils der Ausgaben, der nicht durch Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgedeckt wird;
7. eine Aufstellung des augenblicklichen Wertes des Gebäudes mittels des Katasterwertes und der Feuerversicherungspolice;
8. eine Abschrift der Städtebaugenehmigung und der für deren Erhalt eingereichten Pläne;
9. das Gutachten des Feuerwehrdienstes;
10. die erforderlichen Genehmigungen im Bereich Denkmalschutz;
11. eine Notiz mit den geplanten Maßnahmen zum nachhaltigen Bauen.

§ 2 - Innerhalb von drei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags entscheidet die Regierung über den Antrag und erteilt gegebenenfalls die Zusage für einen maximalen Zuschussbetrag vorbehaltlich der gesetzlich vorgeschriebenen Preisrevision.

Wenn binnen dieser Frist keine Entscheidung der Regierung vorliegt, gilt der Antrag als angenommen.

Die vollständigen Anträge müssen spätestens am 30. September des Jahres, in dem das betreffende Infrastrukturvorhaben im Infrastrukturplan berücksichtigt ist, bei der Regierung eingereicht sein.

Der Auftrag darf nicht erteilt beziehungsweise die Ankäufe dürfen nicht getätigt werden, ehe die definitive Zusage oder die in Artikel 23 erwähnte Genehmigung der Regierung vorliegt.

§ 3 - Der Zuschussbetrag wird aufgrund der Angebotsauswertung angepasst, von der der Regierung eine Abschrift zuzustellen ist.

Wird der maximale Zuschussbetrag nicht überschritten, kann der Auftrag erteilt werden; von der Auftragserteilung ist der Regierung eine Abschrift zuzustellen.

Insofern der Auftrag noch nicht erteilt wurde, kann die Regierung bei Überschreitung des zugesagten maximalen Zuschussbetrags eine neue Ausschreibung verlangen oder den Zuschussbetrag erhöhen.

Dringlichkeitsverfahren

Art. 22 - § 1 - Instandsetzungsarbeiten, die wegen der Gefährdung der Öffentlichkeit oder der drohenden schwerwiegenden Beschädigung oder Zerstörung der Gesamtinfrastruktur erforderlich sind, können vor Erteilung der in Artikel 21 angeführten definitiven Zusage der Regierung ausgeführt und gemäß den Bestimmungen der Artikel 16 bis 18 und 31 bis 42 des vorliegenden Dekretes bezuschusst werden:

Der Antragsteller reicht innerhalb von einem Monat nach Auftragserteilung folgende Dokumente bei der Regierung ein:

1. eine begründete Erklärung des Bürgermeisters über die Gefährdung der Öffentlichkeit oder eine begründete Erläuterung eines Ingenieurs oder eines Architekten über die drohenden schwerwiegenden Beschädigungen oder Zerstörungen der Gesamtinfrastruktur;
2. eine Beschreibung und Kostenschätzung der Arbeiten;
3. eine Abschrift des in Dringlichkeit vorgenommenen Vergabeverfahrens;
4. das Protokoll der begründeten Auftragserteilung.

Innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags entscheidet die Regierung über den Antrag und erteilt gegebenenfalls die Zusage für einen maximalen Zuschussbetrag. Wenn binnen dieser Frist keine Entscheidung vorliegt, gilt der Antrag als angenommen.

§ 2 - Die Regierung kann die in Artikel 10 Absatz 2 erwähnten Infrastrukturvorhaben auf Vorlage der in Artikel 19 erwähnten Dokumente genehmigen. Der Antrag auf Bezuschussung wird gemäß Artikel 21 eingereicht.

Mehrkosten

Art. 23 - Unvorhersehbare Mehrkosten können gemäß den Bestimmungen der Artikel 16 bis 18 und 31 bis 42 des vorliegenden Dekretes bezuschusst werden, wenn die vorherige Genehmigung der Regierung zur Durchführung der Arbeiten beziehungsweise zur Tötigung der Ausgaben eingeholt wurde.

Zu diesem Zweck reicht der Antragsteller folgende Dokumente ein:

1. der Nachweis der Unvorhersehbarkeit der Mehrkosten bei der Erstellung des vollständigen Antrags;
2. die in Artikel 21 vorgesehenen Unterlagen, die für das Infrastrukturvorhaben erforderlich sind, insofern sie nicht bereits vorliegen.

Unterabschnitt 2 — Verfahren für die Beantragung von Ausstattungszuschüssen

Ausstattungszuschüsse

Art. 24 - § 1 - In Abweichung von den Artikeln 19 bis 23 gelten für die Beantragung von Zuschüssen für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 vorgesehene Infrastrukturvorhaben folgende Regeln:

Der Antragsteller reicht bei der Regierung einen Antrag auf Bezuschussung ein, dem folgende Unterlagen beizufügen sind:

1. Angaben zur Identität des Antragstellers sowie gegebenenfalls eine Abschrift der im Belgischen Staatsblatt veröffentlichten Satzungen, die aktuelle Zusammensetzung des Verwaltungsrats und die Mehrwertsteuernummer;
2. der Eigentumsnachweis oder eine Abschrift des Miet-, Erbpacht- oder Erbbauvertrags in Bezug auf die auszustattende Immobilie;
3. eine detaillierte Beschreibung der geplanten Ausstattung sowie einen Nützlichkeits- und Bedarfsnachweis;

4. der Beleg für die eventuelle Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer;
5. der Nachweis der Finanzierungsabsicherung des Teils der Ausgaben, der nicht durch Zuschüsse der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgedeckt wird;
6. die Kostenvoranschläge beziehungsweise das Lastenheft.

Dieser Antrag gibt dem Antragsteller das Recht, von der Regierung angehört zu werden.

§ 2 - Innerhalb von drei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags entscheidet die Regierung über den Antrag und erteilt gegebenenfalls die Zusage für einen maximalen Zuschussbetrag.

Wenn binnen dieser Frist keine Entscheidung der Regierung vorliegt, gilt der Antrag als angenommen.

Die vollständigen Anträge müssen spätestens am 30. September eingereicht sein, insofern sie aus dem laufenden Haushalt finanziert werden sollen.

Die Ankäufe dürfen nicht getätigt werden, ehe die definitive Zusage der Regierung vorliegt.

§ 3 - Der Zuschussbetrag wird aufgrund der Angebotsauswertung angepasst, von der der Regierung eine Abschrift zuzustellen ist.

Wird der maximale Zuschussbetrag nicht überschritten, kann der Auftrag erteilt werden; von der Auftragserteilung ist der Regierung eine Abschrift zuzustellen.

Insofern der Auftrag noch nicht erteilt wurde, kann die Regierung bei Überschreitung des zugesagten maximalen Zuschussbetrags eine neue Ausschreibung verlangen oder den Zuschussbetrag erhöhen.

Abschnitt 6 - Rückforderung

Zweckentfremdung

Art. 25 - Die Regierung fordert einen Zuschuss proportional zur verbleibenden Laufzeit zurück, wenn die bezuschusste Infrastruktur vor Ablauf von 3, 12, 20 beziehungsweise 33 Jahren und je nachdem ob der Gesamtzuschuss weniger als 7.500, 125.000 oder 250.000 beziehungsweise mindestens 250.000 EUR betrug:

1. entgeltlich oder unentgeltlich abgetreten wird;
2. nicht mehr zu dem Zweck verwendet wird, für den der Zuschuss gewährt wurde;
3. die in Artikel 12 erwähnten Mietverhältnisse vorzeitig aufgelöst werden.

Der zurückgeforderte Zuschuss ist an den Bauindex gebunden.

Die Forderung der Regierung ist innerhalb von zwei Jahren nach dem Bekanntwerden der Abtretung oder der Zweckentfremdung der Infrastruktur beziehungsweise der vorzeitigen Auflösung des Erbpacht-, Erbbau- oder Mietvertrages zu stellen.

Die Regierung kann von ihren Rückzahlungsforderungen absehen, wenn die Infrastruktur einer von ihr genehmigten und aufgrund des vorliegenden Dekretes bezuschussbaren Zweckbestimmung zugeführt wird, insofern dafür kein neuer Zuschuss beantragt wird.

Verstoß gegen Bezuschussungsauflagen

Art. 26 - Die Regierung kann einen Zuschuss jederzeit ganz oder teilweise zurückfordern, wenn der Zuschussempfänger gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes verstößt.

Abschnitt 7 — Garantie

Die Garantie der Gemeinschaft

Art. 27 - Die Regierung gewährt die Garantie der Gemeinschaft für die Rückzahlung des Kapitals, der Zinsen und der Kosten der Anleihen für den nicht bezuschussten Teil des Gesamtbetrags der für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Ausgaben. Bedingungen sind:

1. der Antragsteller ist keine Gemeinde, keine Interkommunale, kein öffentliches Sozialhilfezentrum, keine Provinz und keine andere Einrichtung öffentlichen Rechts,
2. eine Beantragung der Garantieleistung durch den Bauherrn,
3. eine Gesamtkostenhöhe des Projektes von mindestens 100.000 EUR,
4. ein Zinssatz, der mindestens 0,5% unter dem Zinssatz des Kapitalmarktes für vergleichbare Anleihen liegt.

Bedingungen in Bezug auf die Anleihen

Art. 28 - Die in Artikel 27 erwähnten Anleihen dürfen eine Laufzeit von höchstens 25 Jahren haben und müssen bei einer Kreditanstalt aufgenommen werden, die seitens der Regierung für diesen Zweck anerkannt wird.

Rückerstattung bei Inanspruchnahme der Garantie

Art. 29 - Falls die in Artikel 27 erwähnte Garantie in Anspruch genommen wird, kann die Regierung zwecks Rückerstattung in folgender Reihenfolge auf nachstehende Mittel zurückgreifen:

1. Einbehaltung der Funktionssubventionen, die der Antragsteller von der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhält;
2. Eintreibung durch die Steuerregistrierungs- und Domänenverwaltung zu Lasten des Antragstellers.

Auftrag an die Regierung

Art. 30 - Die Regierung legt die Modalitäten für die Gewährung der in Artikel 27 erwähnten Garantie fest.

KAPITEL II — *Besondere Bestimmungen*

Abschnitt 1 — Unterricht und Ausbildung

Rationalisierungs- und Programmierungsnormen

Art. 31 - Für die Finanzierung und Bezuschussung werden nur die Unterrichtseinrichtungen, Internate und Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren berücksichtigt, die den Kriterien der geltenden Rationalisierungs- und Programmierungsnormen entsprechen, wobei allerdings die geltenden Beibehaltungsnormen für Unterrichtseinrichtungen, erhöht um 40%, sowohl zum Zeitpunkt der Antragstellung als auch in den drei dem Antrag vorhergehenden Schuljahren erreicht sein müssen.

Unterrichtswesen

Art. 32 - § 1 - In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1-5 und 7-9 erwähnten Infrastrukturvorhaben der Unterrichtseinrichtungen 80% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Der Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben beträgt 60% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

§ 2 - In Abweichung von § 1 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 5 und 6 erwähnten Infrastrukturvorhaben für Schulbibliotheken und Schulmediotheken in Sekundarschulen und in Hochschulen 100% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

§ 3 - In Abweichung von § 1 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Infrastrukturvorhaben einer Hochschuleinrichtung, die eine auf Grund von Artikel 5 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft gegründete juristische Person des öffentlichen Rechts ist und die Gegenstand eines Abkommens zwischen Schulträgern ist, die Hochschuleinrichtungen organisieren, 100% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Internate und Ausbildungsinfrastrukturen, die verschiedenen Organisationsträgern offen stehen

Art. 33 - In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss für Infrastrukturvorhaben im Bereich der Internate, die Schülern aller Unterrichtsnetze offen stehen, sowie im Bereich der Infrastrukturvorhaben zur beruflichen und technischen Ausbildung, die verschiedenen Organisationsträgern offen stehen, 80% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Zentren für die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand

Art. 34 - In Abweichung von Artikel 16 Absatz 1 beträgt der Zuschuss für Infrastrukturvorhaben der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand 80 % des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

In Abweichung von Artikel 16 Absatz 2 beträgt der Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben 60% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Abschnitt 2 — Kulturelle Angelegenheiten

Kulturzentren mit regionalem Charakter

Art. 35 - In Abweichung von Artikel 16 Absatz 1 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1-5 und 7-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben in Bezug auf anerkannte Kulturzentren mit regionalem Charakter, die von einer Gemeinde, einer Gemeinderegie oder einer Interkommunalen errichtet werden, 75% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Die Regierung legt die Bedingungen für den regionalen Auftrag eines Kulturzentrums fest und schließt mit dem Träger einen Geschäftsführungsvertrag ab.

Campingplätze

Art. 36 - Nur die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1 und 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben kommen für die Bezuschussung von Campingplätzen in Betracht.

In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss, für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1 und 3-6 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben 30% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 30.000 EUR. Innerhalb von fünf Jahren dürfen die Zuschüsse für ein und denselben Campingplatz diesen Höchstbetrag nicht überschreiten.

Der Zuschuss, für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 7-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben beträgt 50% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 20.000 EUR. Die Zuschüsse für ein und denselben Campingplatz dürfen diesen Höchstbetrag nicht überschreiten.

Hotelbetriebe

Art. 37 - § 1 - Nur die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1 und 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben kommen für die Bezuschussung von Hotelbetrieben in Betracht.

In Abweichung von den Artikeln 1 und 16 gewährt die Regierung für Infrastrukturvorhaben an Hotelbetrieben Prämien, die im Rahmen der von der Regierung festgelegten Modalitäten innerhalb von 10 Jahren nach ihrer Auszahlung zurückzuzahlen sind.

Für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1 und 3-6 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben entspricht diese Prämie einem Anteil von 30% des annehmbaren Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 50.000 EUR. Innerhalb von fünf Jahren dürfen die Prämien für ein und denselben Hotelbetrieb diesen Höchstbetrag nicht überschreiten.

Für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 7-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben entspricht die Prämie einem Anteil von 50% des annehmbaren Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 12.500 EUR. Die Prämie für ein und denselben Hotelbetrieb darf diesen Höchstbetrag nicht überschreiten.

Ferienwohnungen

Art. 38 - Nur die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 3-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben kommen für die Bezuschussung von Ferienwohnungen in Betracht.

In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 3-6 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben 30% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 7.500 EUR. Innerhalb von fünf Jahren dürfen die Zuschüsse für ein und dieselbe Ferienwohnung diesen Höchstbetrag nicht überschreiten.

Der Zuschuss, für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 7-9 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben beträgt 50% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 1.500 EUR. Die Zuschüsse für ein und dieselbe Ferienwohnung dürfen diesen Höchstbetrag nicht überschreiten.

Einem Antragsteller dürfen Zuschüsse für höchstens fünf Ferienwohnungen gewährt werden.

Abschnitt 3 — Denkmalschutz

Denkmalschutz

Art. 39 - Nur das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 4 vorgesehene Infrastrukturvorhaben kommt bei unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden und Landschaften sowie bei damit fest verbundenen Einrichtungen, falls diese zur unter Denkmalschutz stehenden Immobilie oder Landschaft gehören, für eine Bezuschussung in Betracht.

In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss 40% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben mit einem Maximum von 125.000 EUR, wenn der Antragsteller eine privatrechtliche Person ist.

Abschnitt 4 — Personenbezogene Angelegenheiten

Dienststelle für Personen mit einer Behinderung

Art. 40 - Der in Artikel 24 vorgesehene Antrag wird für Anträge, die in den Zuständigkeitsbereich der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung fallen, bei der Dienststelle eingereicht, die die in diesem Artikel vorgesehenen Aufgaben der Regierung wahrnimmt.

Die Dienststelle gibt eine Stellungnahme ab zu den in Artikel 19 und 21 vorgesehenen Anträgen, die ein zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörendes Infrastrukturvorhaben betreffen.

Dienste und Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung

Art. 41 - In Abweichung von Artikel 16 beträgt der Zuschuss für die in Artikel 2 Absatz 1 Nrn. 1-5 und 7-9 erwähnten Infrastrukturvorhaben der Dienste und Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung 80% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Der Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben beträgt 60% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrags der Ausgaben.

Einrichtung von rollstuhlgerechten integrierten Mietwohnungen

Art. 42 - Der Zuschuss für die aus der Einrichtung von rollstuhlgerechten integrierten Mietwohnungen entstandenen besonderen Kosten ist auf maximal 15.000 EUR begrenzt.

Ausstattung von Altenheimen

Art. 43 - In Abweichung von Artikel 16 Absatz 2 beträgt der Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben der Altenheime und Alten- und Pflegeheime 60% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

Ausstattung von Krankenhäusern

Art. 44 - In Abweichung von Artikel 16 Absatz 2 beträgt der Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nr. 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben der Krankenhäuser 60% des für eine Bezuschussung in Betracht kommenden Gesamtbetrages der Ausgaben.

KAPITEL III — Abänderungs-, Aufhebungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

Abschnitt 1 — Abändernde und aufhebende Bestimmungen

Abändernde Bestimmung

Art. 45 - Artikel 4 § 1 Nr. 5 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«5. Zuschüsse für die Ausstattung von Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung zu gewähren;»

Aufhebende Bestimmung

Art. 46 - Sind aufgehoben:

1. Artikel 14 des Dekretes vom 26. Juni 1986 zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, der Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers, abgeändert durch das Dekret vom 1. März 1988;

2. das Dekret vom 28. Juni 1988 zur Gewährung von Zuschüssen an Gemeinden oder Vereinigungen ohne Erwerbzweck, die Immobilien für die Infrastruktur in kulturellen oder personenbezogenen Angelegenheiten errichten oder ankaufen bzw. Arbeiten an dieser Infrastruktur durchführen, abgeändert durch die Dekrete vom 21. Oktober 1996 und vom 29. Juni 1998;

3. die Artikel 6 und 7 des Dekretes vom 23. November 1992 über Ferienwohnungen, abgeändert durch das Dekret vom 23. Oktober 2000;

4. Artikel 21 des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Camping und Campingplätze, abgeändert durch das Dekret vom 21. Oktober 1996;

5. Artikel 31 des Dekretes vom 9. Mai 1994 über Unterkunfts- und Hotelbetriebe, abgeändert durch das Dekret vom 4. März 1996;

6. die Artikel 7 bis 10, in Artikel 11 die Wortfolge «sowie einen einmaligen Zuschuss für die Einrichtungskosten von höchstens F 500 000 pro Platz» und Artikel 12 des Dekretes vom 9. Mai 1994 bezüglich Genehmigung, Anerkennung und Subsidierung von Aufnahmestrukturen für Senioren, abgeändert durch das Dekret vom 21. Oktober 1996;

7. die Artikel 7 bis 17 des Dekretes vom 9. Mai 1994 zur Anerkennung von Einrichtungen für die vorübergehende Aufnahme und Betreuung von Personen in einer Notlage sowie zur Gewährung von Zuschüssen für die Enteignung, den Ankauf, den Bau, die Anmietung, die Instandsetzung und die Ausrüstung von Notaufnahmewohnungen, abgeändert durch die Dekrete vom 4. März 1996, 21. Oktober 1996 und vom 29. Juni 1998;

8. das Dekret vom 27. Juni 1994 über die Finanzierung und Subventionierung von Infrastrukturmaßnahmen in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Unterrichtswesen, abgeändert durch die Dekrete vom 21. Oktober 1996 und vom 29. Juni 1998;

9. die Artikel 1 bis 4 des Programmdekretes zur Infrastruktur vom 21. Oktober 1996;

10. die Artikel 26 bis 28 *undecies* des Programmdekretes zur Infrastruktur vom 21. Oktober 1996, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 1998;

11. der Königliche Erlass vom 23. Januar 1951 zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Arbeiterferien und des Sozialtourismus, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 2. März 1956 und das Dekret vom 21. Oktober 1996;

12. die Artikel 80 bis 83 des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 10. Mai 1965 und vom 21. Januar 1971 und den Erlass der Regierung vom 18. November 1996;

13. Artikel 26 des Königlichen Erlasses vom 20. März 1975 über die Zulassung und Bezuschussung der Dienste für geistige Gesundheit;

14. der Königliche Erlass vom 22. November 1987 zur Festlegung der Regeln die den Bedarf an Neubauten oder Erweiterungen bestimmen sowie der physischen und finanziellen Normen für Schulbauten, Internate und PMS-Zentren;

15. der Erlass der Exekutive vom 23. August 1988 zwecks Bezuschussung von Einrichtungsgegenständen für anerkannte Familien- und Seniorenhilfsdienste;

16. der Erlass der Exekutive vom 25. August 1988 zur Festlegung der Höchstkosten, die zur Vergabe von Zuschüssen für Bauarbeiten an Heimen für Betagte sowie für deren Ausstattung in Betracht gezogen werden;

17. der Erlass der Exekutive vom 1. Oktober 1988 bezüglich der Regelung zur Gewährung von Prämien, um das Anlegen, die Modernisierung und Erweiterung von Campingplätzen zu fördern;

18. der Erlass der Exekutive vom 1. Oktober 1988 bezüglich der Regelung zur Gewährung von Prämien, um die Schaffung, Modernisierung und Vergrößerung von Hotelbetrieben zu fördern;

19. der Erlass der Exekutive vom 7. Mai 1993 zur Bezuschussung der Infrastrukturausgaben von Einrichtungen für Personen mit einer Behinderung und von Beschützenden Werkstätten, abgeändert durch den Erlass vom 18. November 1996;

20. die Artikel 8 bis 12 des Erlasses der Regierung vom 10. November 1993 über Ferienwohnungen;

21. der Erlass der Regierung vom 19. Oktober 1994 zur Ausführung des Dekretes vom 27. Juni 1994 über die Finanzierung und Subventionierung von Infrastrukturmaßnahmen im Unterrichtswesen bezüglich der Zusammensetzung und der Arbeitsweise der Planungskommission und der Expertenkommission;

22. der Erlass der Regierung vom 11. Januar 1995 bezüglich des Genehmigungsverfahrens zur Finanzierung und Subventionierung von Infrastrukturmaßnahmen in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Unterrichtswesen;

23. der Erlass der Regierung vom 12. April 1995 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an den Dienststellenleiter des Infrastrukturdienstes der Abteilung «Dienste des Generalsekretärs» im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Finanzierung und Subventionierung von Infrastrukturmaßnahmen in den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Unterrichtswesen;

24. der Erlass der Regierung vom 28. August 1996 zur Festlegung der beweglichen Güter, die in Anwendung des Dekretes vom 27. Juni 1994 über die Finanzierung und Subventionierung von Infrastrukturmaßnahmen in den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten und subventionierten Unterrichtswesen als Ausrüstung subventioniert werden;

25. der Erlass der Regierung vom 23. Oktober 1998 zur Bezuschussung von Infrastruktur in kulturellen oder personenbezogenen Angelegenheiten;

26. der Ministerielle Erlass vom 22. September 1966 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung, die Einrichtung und den Unterhalt der Zentren für berufliche Ausbildung oder Rehabilitation der Behinderten, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 25. Oktober 1969 und den Erlass der Regierung vom 18. Oktober 1990;

27. der Ministerielle Erlass vom 30. Januar 1967 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Zuschüssen für die Errichtung, die Vergrößerung, die Einrichtung und den Unterhalt der spezialisierten Berufsberatungszentren oder -dienste, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 25. Oktober 1969 und den Erlass der Regierung vom 18. Oktober 1990;

28. der Ministerielle Erlass vom 5. September 1978 zur Festlegung der Kriterien zur Bewilligung von Zuschüssen für die Schaffung, Vergrößerung und Ausrüstung von Beschützenden Werkstätten, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 25. Oktober 1969 und die Erlasse der Regierung vom 18. Oktober 1990 und vom 18. November 1996;

29. Artikel 13 § 2 und Artikel 14 des Ministeriellen Erlasses vom 27. März 1979 zur Festlegung der finanziellen Beteiligung des Staates an der ständigen Weiterbildung des Mittelstandes geregelt durch den Königlichen Erlass vom 4. Oktober 1976, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 6. Juli 2000.

Abschnitt 2 — Übergangsbestimmungen

Infrastrukturvorhaben, für die eine definitiver Zusage vorliegt

Art. 47 - Auf Infrastrukturvorhaben, für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Dekretes eine definitive Zusage für die Gesamtheit eines Infrastrukturvorhabens oder für einen Teil eines in Lose aufgegliederten gleichen Infrastrukturvorhabens vorliegt, werden weiterhin die vor dem Inkrafttreten geltenden Bezuschussungsregeln angewendet.

Die Artikel 4, 6, 13, 14, 18, 23, 25 Absätze 2-4 und 26 des vorliegenden Dekretes gelten jedoch ab Datum seines Inkrafttretens.

Infrastrukturvorhaben, für die ein Antrag auf Bezuschussung vorliegt

Art. 48 - Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf alle Anträge, für die vor seinem Inkrafttreten noch keine definitive Zusage erteilt worden ist.

Abschnitt 3 — Schlussbestimmungen

Infrastrukturplan 2002-2004

Art. 49 - Für die Aufnahme in den für die Jahre 2002-2004 von der Regierung verabschiedeten Infrastrukturplan müssen die in Artikel 19 aufgeführten Unterlagen nicht bei der Anmeldung des Infrastrukturvorhabens, sondern zum Zeitpunkt der eventuellen Aufnahme in den Infrastrukturplan vorliegen.

Indexierung

Art. 50 - Zur Anpassung an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und an die verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung alle oder einzelne der in vorliegendem Dekret erwähnten Beträge mit einem Koeffizienten multiplizieren.

Inkrafttreten

Art. 51 - Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 32 § 2, der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 18. März 2002

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für Beschäftigung,
Behindertenpolitik, Medien und Sport

B. GENTGES,

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus.

H. NIESSEN,

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales

—————
Note

(1) *Sitzungsperiode 2001-2002*

Dokumente des Rates — Dekretvorschlag,

71 - Nr. 1 — Abänderungsvorschläge,

71 - Nr. 2-4 — Bericht, 71 - Nr. 5

Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text,

71 - Nr. 6-10

Zusatzbericht, 71 - Nr. 11.

Ausführlicher Bericht — Diskussion und Abstimmung — Sitzungen vom 4. und 18. März 2002.

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2002 — 2419

[C - 2002/33050]

18 MARS 2002. — Décret relatif à l'Infrastructure (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er} — *Dispositions applicables à tous les projets d'infrastructure*

Section 1^{er}. — Champ d'application

Objectif

Article 1^{er}. Le présent décret fixe les conditions auxquelles le Gouvernement de la Communauté germanophone, dans les limites des crédits disponibles, octroie des subventions pour les projets d'infrastructure en région de langue allemande.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent décret, l'on entend par projet d'infrastructure :

1° la construction de bâtiments ou d'infrastructures extérieures;

2° l'acquisition ou l'expropriation de terrains, bâtiments ou parties de bâtiments;

- 3° la transformation ou l'agrandissement d'un bâtiment existant ou d'une infrastructure extérieure;
- 4° les travaux de remise en état réalisés à des bâtiments existants ou à des infrastructures extérieures;
- 5° l'aménagement avec des biens immeubles par nature ou par destination qui sont indispensables pour l'utilisation des biens immobiliers ou des infrastructures extérieures;
- 6° l'équipement avec des biens meubles qui sont indispensables pour l'utilisation des biens immobiliers ou des infrastructures extérieures;
- 7° les mesures visant à améliorer la sécurité routière aux abords de l'infrastructure;
- 8° les mesures en vue de faciliter l'accessibilité aux personnes handicapées ou d'améliorer la sécurité;
- 9° les mesures visant à intégrer notamment des aspects de la construction durable.

Un seul et même projet peut regrouper plusieurs des projets d'infrastructure énoncés au premier alinéa.

Tous les montants mentionnés dans le présent décret s'entendent hors T.V.A.

Financements alternatifs

Art. 3. Les projets d'infrastructure financés autrement peuvent être subsidiés lorsque l'accord du Gouvernement a été demandé avant la conclusion d'un contrat ad hoc. Cet accord ouvre le droit aux subsides, dont le montant ne peut dépasser le montant actualisé en application du présent décret, à moins que le subside ne soit lui aussi financé de manière alternative.

Le Gouvernement fixe les modalités d'application de l'alinéa précédent en prévoyant d'éventuelles dérogations à l'article 18.

Section 2. — Dispositions générales

Adjudication publique

Art. 4. § 1^{er}. Tous les demandeurs sont soumis aux dispositions de la législation relative aux marchés publics de travaux, fournitures et services applicables aux pouvoirs publics.

§ 2. Lors de l'adjudication publique :

— le demandeur communique par écrit au Gouvernement, au moins 14 jours à l'avance, la date de l'ouverture des soumissions à laquelle le Gouvernement peut envoyer un délégué;

— les procès-verbaux d'ouverture des soumissions, accompagnés du rapport, doivent être adressés au Gouvernement qui dispose de 14 jours pour faire valoir ses griefs.

Conditions préalables à la subsidiation de projets d'infrastructure

Art. 5. Pour être subsidiables, les projets d'infrastructure répondent notamment aux normes de programmation en vigueur, aux prescriptions applicables en matière d'accessibilité pour les personnes handicapées, d'aménagement du territoire et de protection des monuments et sites ainsi qu'aux règles que le Gouvernement doit prendre en application de l'article 7. De plus, ils s'intègrent de manière harmonieuse dans le paysage.

Le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, 7°, n'est subsidiable que dans la mesure où il ne peut être subsidié par d'autres pouvoirs ou lorsqu'un subside a été demandé mais n'a pas été accordé.

Utilisation

Art. 6. Les locaux généralement accessibles des infrastructures financées ou subsidiées par la Communauté germanophone sont accessibles au public, sans discrimination d'ordre idéologique ou philosophique quelconque.

Mission confiée au Gouvernement

Art. 7. En vue de la subsidiation de projets d'infrastructure, le Gouvernement peut fixer :

1° pour toutes ou certaines compétences bien précises, dans la mesure où elles ne sont pas réglées par le présent décret, des plafonds généraux et par unité de mesure comme base de calcul pour le subventionnement d'infrastructures, en différenciant éventuellement les plafonds selon des critères architectoniques;

2° des normes de programmation pour tous les domaines ou pour certains d'entre eux;

3° des délais pour la subsidiation de travaux de remise en état ou pour le renouvellement de l'aménagement ou de l'équipement;

4° des règles pour l'utilisation des infrastructures subsidiées par d'autres utilisateurs que les pouvoirs organisateurs;

5° des prescriptions spécifiques en vue de rendre les infrastructures subsidiées accessibles aux personnes handicapées;

6° des prescriptions spécifiques quant à l'utilisation de matériaux de construction, à l'utilisation rationnelle de l'énergie et à d'autres aspects de la construction durable.

Section 3 — Plan d'infrastructure

Objectif

Art. 8. Le plan d'infrastructure reprend la liste des projets d'infrastructure à réaliser au cours d'une certaine période.

Le plan d'infrastructure est le résultat :

— des travaux de remise en état nécessaires, déterminés sur base d'un état des lieux de toutes les infrastructures financées ou subsidiées par la Communauté germanophone;

— des besoins en nouvelles constructions, déterminés sur base d'une analyse détaillée et à long terme des besoins tenant compte de toutes les infrastructures existant dans une zone géographique déterminée et pouvant être utilisées par un demandeur;

— de la compatibilité des projets d'infrastructure et de la planification financière à long terme de la Communauté germanophone.

Adoption

Art. 9. Après concertation avec les communes, le Gouvernement arrête un plan d'infrastructure pluriannuel, actualisé annuellement.

Le plan d'infrastructure est transmis au Conseil de la Communauté germanophone avec le projet de budget.

Condition mise à la subsidiation

Art. 10. Pour être subsidiable, tout projet d'infrastructure autre que le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, doit être inscrit au plan d'infrastructure.

En cas d'extrême urgence dûment motivée, le Gouvernement peut approuver un projet d'infrastructure non prévu dans le plan d'infrastructure.

Section 4 — Subsidiation

Sous-section 1^{re} — Conditions

Demandeur

Art. 11. Les personnes de droit privé, non mentionnées au deuxième alinéa, ne peuvent recevoir des subsides que pour :

1° les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, et 3° à 9°, et relatifs à des établissements hôteliers ou des terrains de camping;

2° les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3° à 9°, et relatifs à des maisons de vacances;

3° le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4°, et relatifs à des bâtiments ou paysages classés;

4° les projets d'infrastructure relatifs à des établissements d'enseignement, des internats et des centres psycho-médico-sociaux.

Peuvent bénéficier de subsides pour des projets d'infrastructure dans tous domaines :

1° les communes;

2° les régions autonomes;

3° les intercommunales;

4° les fabriques d'église;

5° les associations sans but lucratif;

6° les fondations;

7° les centres publics d'aide sociale;

8° les sociétés à finalité sociale;

9° les coopératives de construction;

10° tous les autres organismes publics,

dans la mesure où ils sont actifs dans le ressort de la Communauté germanophone.

Rapports de propriété

Art. 12. Sauf en ce qui concerne les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 2°, un subside ne peut être octroyé que lorsque le demandeur est propriétaire des immeubles existants ou du terrain sur lequel l'infrastructure sera érigée, ou est en possession d'un contrat de bail emphytéotique, d'un contrat de louage à domaine congéable ou d'un contrat de location qui, au moment de la demande, couvre une période d'au moins :

— 3 ans si le subside total est inférieur à € 7.500;

— 12 ans si le subside total est inférieur à € 125.000;

— 20 ans si le subside total est inférieur à € 250.000;

— 33 ans si le subside total est égal ou supérieur à € 250.000.

Le contrat de bail emphytéotique, contrat de louage à domaine congéable ou contrat de location prévoit, en cas de résiliation anticipée par le bailleur ou en cas de dissolution par sa faute, le remboursement à sa charge des subsides, tel que prévu à l'article 25. Les dispositions du contrat ne peuvent empêcher l'exécution des travaux pour lesquels les subsides ont été demandés.

Assurance

Art. 13. L'immeuble ou l'installation à subsidier doit être assuré contre l'incendie ou d'autres dangers, en ce qui concerne les risques simples au sens de la législation sur l'assurance terrestre. Si elle est prévue par la loi, une assurance en responsabilité objective doit être conclue.

Surveillance des chantiers

Art. 14. Pour les projets dont le coût total est d'au moins € 400.000, la conclusion d'un contrat de surveillance du chantier et de l'assurance de garantie décennale y afférente, ainsi que d'une assurance-chantier auprès d'une entreprise agréée est obligatoire.

Plan de financement

Art. 15. Des subsides ne sont octroyés que lorsque le demandeur apporte la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par ces subsides est assuré.

Cette preuve est apportée dans le cadre d'un plan de financement détaillé qui contient, entre autres, une analyse des coûts de fonctionnement et des coûts induits et qui, le cas échéant, fait apparaître la manière dont les coûts seront répercutés sur le consommateur final.

Pour les projets dont le coût total est d'au moins € 400.000 ou pour lesquels la garantie de la Communauté, visée à l'article 27, a été demandée, le plan de financement doit être accompagné d'un avis émis par le receveur communal compétent ou par un réviseur ou expert-comptable agréé.

Sous-section 2. — Montant des subsides

Taux généraux

Art. 16. Pour les projets d'infrastructure visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 5° et 7° à 9°, le subside représente 60 % du montant total des dépenses pouvant être pris en considération pour une subsidiation.

Pour le projet d'infrastructure visé à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, le subside représente 50 % du montant total des dépenses pouvant être pris en considération pour une subsidiation.

Le cas échéant, le subside est limité aux plafonds en vigueur.

Base de calcul du subside

Art. 17. § 1^{er}. Pour les projets d'infrastructure visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1°, 3° à 5° et 7° à 9°, le montant total des dépenses pouvant être pris en considération pour une subsidiation comprend tous les coûts réellement engagés en rapport avec les projets d'infrastructure, notamment le coût de la main d'oeuvre et des matériaux, la révision de prix prévue par la loi, les coûts découlant du coordinateur en matière de sécurité prévu par la loi, de l'assurance-chantier et/ou de la surveillance du chantier, la T.V.A. lorsqu'elle n'est pas récupérée, et les honoraires des architectes, ingénieurs et autres experts.

Les coûts découlant, dans le cadre des plafonds accordés, de dérogations au projet approuvé peuvent être pris en considération comme dépenses acceptables s'ils ont préalablement été approuvés par le Gouvernement.

Des dépenses acceptables encourues avant la promesse définitive du Gouvernement en vue de préparer la demande visée à l'article 21 ne sont subsidiables que lorsque le projet d'infrastructure concerné est subsidié.

§ 2. Pour les projets d'infrastructure visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 2°, le subside est calculé sur une base qui ne peut dépasser l'estimation réalisée par le receveur de l'enregistrement compétent, l'agent compétent du comité d'acquisition d'immeubles de l'État ou par un estimateur assermenté, éventuellement majorée de l'indemnité de renvoi ou emphytéotique prévue par la loi ou payée par les autorités.

Le montant total des dépenses subsidiables et relatives aux projets d'infrastructure visés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, comprend le prix de vente approuvé par le Gouvernement, la T.V.A. dans la mesure où elle n'est pas récupérée, et les honoraires des auteurs du projet.

Sous-section 3. — Liquidation du subside

Liquidation

Art. 18. § 1^{er}. Le subside est liquidé après achèvement ou réception des travaux ou après l'achat, sur la base des pièces comptables et preuves de paiement et après notification des polices d'assurance visées à l'article 13.

§ 2. Le subside total peut être liquidé sous forme de tranches proportionnelles.

Les états d'avancement détaillés, introduits à cette fin, doivent être approuvés par le maître de l'ouvrage ou l'architecte et correspondre chaque fois à un montant minimal de € 10.000.

Les liquidations proportionnelles ne peuvent dépasser 90 % du subside total.

§ 3. Après achèvement ou réception des travaux, un décompte final est opéré au moyen de tous les justificatifs nécessaires, toutes les dérogations aux travaux mentionnés dans le cahier des charges faisant l'objet d'un relevé motivé.

Les justificatifs définitifs sont introduits au plus tard cinq ans après la promesse définitive ou l'approbation du Gouvernement dont question aux articles 21 à 24. En cas de procédure judiciaire retardant la réalisation d'un projet, le Gouvernement peut prolonger ce délai.

Section 5. — Procédure

Sous-section 1. — Procédure générale

Annonce de projets d'infrastructure

Art. 19. § 1^{er}. Le demandeur annonce un projet d'infrastructure au Gouvernement. A cette fin, il doit au moins introduire les documents suivants, dans la mesure où ils sont requis pour le projet d'infrastructure :

1° l'identité du demandeur ainsi que, le cas échéant, une copie des statuts publiés au *Moniteur belge*, la composition actuelle du conseil d'administration et le numéro de T.V.A.;

2° la preuve de l'utilité et du besoin quant aux utilisateurs actuels et potentiels de l'infrastructure ainsi qu'une description détaillée du projet d'infrastructure envisagé;

3° un schéma visualisant le projet d'infrastructure;

4° une évaluation des coûts et des délais d'exécution;

5° la preuve d'une éventuelle déductibilité de la T.V.A.;

6° les grandes lignes du plan de financement;

7° la preuve de l'accord de principe de la commune (des communes) de participer au financement lorsque ceci est prévu dans le plan de financement;

8° la preuve de la compatibilité du projet d'infrastructure avec les normes de programmation en vigueur;

9° la preuve du classement définitif de l'immeuble.

Le Gouvernement peut prévoir des délais pour l'annonce du projet d'infrastructure.

§ 2. Les annonces qui comprennent tous les documents requis sont inscrites dans un catalogue d'enregistrement.

L'inscription dans le catalogue d'enregistrement donne le droit au demandeur d'être entendu par le Gouvernement.

Inscription dans le plan d'infrastructure

Art. 20. En application de l'article 8 et sur la base des documents introduits, le Gouvernement statue sur l'inscription, dans le plan d'infrastructure adopté conformément à l'article 9, d'un projet d'infrastructure enregistré.

Le Gouvernement peut charger des experts d'émettre des avis quant à l'inscription de projets d'infrastructure dans le plan d'infrastructure.

Dans les deux semaines, le Gouvernement informe le demandeur sur l'inscription ou non de son projet d'infrastructure dans le plan d'infrastructure.

L'inscription d'un projet d'infrastructure dans le plan d'infrastructure donne le droit au demandeur d'être entendu par le Gouvernement.

Demande de subsides

Art. 21. § 1^{er}. Après inscription d'un projet d'infrastructure dans le plan d'infrastructure, le demandeur peut introduire une demande de subsides auprès du Gouvernement. Il devra y annexer au moins les documents suivants, dans la mesure où ils sont requis pour le projet d'infrastructure :

1° le titre de propriété ou une copie du contrat de location, du contrat de bail emphytéotique ou du contrat de louage à domaine congéable;

2° une copie de la décision de l'organe compétent, désignant l'auteur du projet et fixant la procédure de passation du marché;

3° le cahier des charges et les devis;

4° les plans du bâtiment, avec indication de l'affectation des différents locaux;

5° le plan de financement dont question à l'article 15;

6° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par des subsides de la Communauté germanophone est assuré;

7° un état fixant la valeur actuelle du bâtiment, déterminée au moyen de la valeur cadastrale et de la police d'assurance-incendie;

8° une copie du permis d'urbanisme et des plans remis en vue de son obtention;

9° l'avis du service d'incendie;

10° les autorisations nécessaires en matière de protection des monuments et sites;

11° une notice reprenant les mesures envisagées en vue de la construction durable.

§ 2. Dans les trois mois suivant la réception de la demande complète, le Gouvernement statue sur celle-ci et délivre, le cas échéant, la promesse pour un subside maximal sous réserve de la révision de prix prévue par la loi.

A défaut de décision du Gouvernement au terme de ce délai, la demande est censée être acceptée.

Les demandes complètes doivent être introduites auprès du Gouvernement au plus tard pour le 30 septembre de l'année où le projet d'infrastructure est pris en considération dans le plan d'infrastructure.

Le marché ne peut être passé ou les achats ne peuvent être effectués avant la promesse définitive ou l'approbation du Gouvernement visée à l'article 23.

§ 3. Le montant du subside est adapté sur base de la réévaluation des offres dont une copie doit être notifiée au Gouvernement.

Si le subside maximal n'est pas dépassé, le marché peut être attribué, une copie de l'attribution du marché devant être notifiée au Gouvernement.

Dans la mesure où le marché n'a pas encore été passé, le Gouvernement peut, en cas de dépassement du montant maximal promis comme subside, exiger une nouvelle adjudication ou augmenter le montant du subside.

Procédure d'urgence

Art. 22. § 1^{er}. Des travaux de remise en état justifiés par le fait que le public est mis en danger ou qu'il y a menace de détérioration ou de destruction de toute l'infrastructure peuvent être réalisés avant la promesse définitive du Gouvernement visée à l'article 21 et être subsidiés conformément aux dispositions des articles 16 à 18 et 31 à 42 du présent décret.

Dans le mois qui suit la passation du marché, le demandeur introduit les documents suivants auprès du Gouvernement :

1° une déclaration motivée du bourgmestre quant au danger couru par le public ou une explication motivée d'un ingénieur ou d'un architecte quant au risque de grandes déprédations ou de destruction de toute l'infrastructure;

2° une description et une estimation du coût des travaux;

3° une copie de la procédure d'urgence de passation du marché;

4° le procès-verbal de l'attribution motivée du marché.

Dans les trois mois suivant la réception de la demande, le Gouvernement statue sur celle-ci et délivre, le cas échéant, la promesse pour un subside maximal. A défaut de décision au terme de ce délai, la demande est censée être acceptée.

§ 2. Le Gouvernement peut, sur présentation des documents énoncés à l'article 19, approuver les projets d'infrastructure dont question à l'article 10, alinéa 2. La demande de subsides doit être introduite conformément à l'article 21.

Coûts supplémentaires

Art. 23. Les coûts supplémentaires imprévisibles peuvent être subsidiés conformément aux dispositions des articles 16 à 18 et 31 à 42 du présent décret, lorsque l'approbation préalable du Gouvernement a été demandée pour réaliser les travaux ou pour effectuer les dépenses.

A cette fin, le demandeur introduit les documents suivants :

1° la preuve que les coûts supplémentaires étaient imprévisibles lors de la constitution de la demande complète;

2° les documents prévus à l'article 21, qui sont requis pour le projet d'infrastructure, s'ils n'ont pas encore été introduits.

Sous-section 2. — Procédure pour la demande des subsides d'équipement

Subsides d'équipement

Art. 24. § 1^{er}. Par dérogation aux articles 19 à 23, les règles suivantes sont d'application pour la demande de subsides relative au projet d'infrastructure dont question à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°.

Le demandeur introduit auprès du Gouvernement une demande de subsides comprenant les documents suivants :

- 1° l'identité du demandeur ainsi que, le cas échéant, une copie des statuts publiés au *Moniteur belge*, la composition actuelle du conseil d'administration et le numéro de T.V.A.;
- 2° le titre de propriété ou une copie du contrat de location, du contrat de bail emphytéotique ou du contrat de louage à domaine congéable relatif à l'immeuble à équiper;
- 3° une description détaillée de l'équipement envisagé ainsi que la preuve de l'utilité et du besoin;
- 4° la preuve d'une éventuelle déductibilité de la T.V.A.;
- 5° la preuve que le financement de la partie des dépenses non couverte par des subsides de la Communauté germanophone est assuré;
- 6° les devis ou le cahier des charges.

Cette demande donne au demandeur le droit d'être entendu par le Gouvernement.

§ 2. Dans les trois mois suivant la réception de la demande complète, le Gouvernement statue sur celle-ci et délivre, le cas échéant, la promesse pour un subside maximal.

A défaut de décision du Gouvernement au terme de ce délai, la demande est censée être acceptée.

Les demandes complètes doivent être introduites au plus tard pour le 30 septembre dans la mesure où elles sont financées par le budget en cours.

Les achats ne peuvent être effectués avant la promesse définitive du Gouvernement.

§ 3. Le montant du subside est adapté sur base de la réévaluation des offres dont une copie doit être notifiée au Gouvernement.

Si le subside maximal n'est pas dépassé, le marché peut être attribué, une copie de l'attribution du marché devant être notifiée au Gouvernement.

Dans la mesure où le marché n'a pas encore été passé, le Gouvernement peut, en cas de dépassement du montant maximal promis comme subside, exiger une nouvelle adjudication ou augmenter le montant du subside.

Section 6. — Remboursement

Désaffectation

Art. 25. Lorsque l'infrastructure subsidiée :

- 1° a été cédée à titre gratuit ou onéreux;
 - 2° n'est plus utilisée aux fins pour lesquelles le subside a été octroyé;
 - 3° les contrats de location mentionnés à l'article 12 ont été résiliés anticipativement,
- avant un terme de respectivement 3,12, 20 et 33 ans et selon que le subside s'élevait à moins de 7.500, 125.000 ou 250.000 euro ou à au moins 250.000 euro, le Gouvernement demande le remboursement dudit subside proportionnellement au terme restant à courir.

Le subside à rembourser est lié à l'index de la construction.

Le Gouvernement doit solliciter la créance dans les deux ans suivant la prise de connaissance de la cession, de la désaffectation de l'infrastructure ou de la résiliation anticipative du contrat de bail emphytéotique, du contrat de louage à domaine congéable ou du contrat de location.

Le Gouvernement peut renoncer à sa demande de remboursement lorsque l'infrastructure est affectée à des fins approuvées par le Gouvernement et subsidiées en vertu du présent décret dans la mesure où aucun nouveau subside n'est sollicité.

Infraction aux obligations en matière de subside

Art. 26. Le Gouvernement peut à tout moment exiger le remboursement en tout ou partie d'un subside lorsque le bénéficiaire du subside enfreint les dispositions du présent décret.

Section 7. — Garantie

Garantie de la Communauté

Art. 27. Le Gouvernement octroie la garantie de la Communauté pour le remboursement du capital, des intérêts et des frais des emprunts pour la partie non subsidiée du montant total des dépenses subsidiées à condition que :

- 1° le demandeur ne soit pas une commune, une intercommunale, un centre public d'aide sociale, une province ou une autre institution de droit public;
- 2° le maître de l'ouvrage ait introduit une demande de garantie;
- 3° le coût total du projet atteigne au moins € 100.000;
- 4° le taux d'intérêt soit inférieur d'au moins 0,5 % par rapport au taux pratiqué par le marché des capitaux pour des emprunts similaires.

Conditions relatives aux emprunts

Art. 28. Les emprunts visés à l'article 27 peuvent avoir un terme de 25 ans au plus et doivent être contractés auprès d'un organisme de crédit agréé à cette fin par le Gouvernement.

Remboursement en cas de sollicitation de la garantie

Art. 29. Lorsque la garantie visée à l'article 27 est sollicitée, le Gouvernement peut recourir aux moyens suivants, dans l'ordre ci-dessous, en vue du remboursement :

- 1° retenir des subventions de fonctionnement que le demandeur obtient de la Communauté germanophone;
- 2° recouvrement à charge du demandeur par l'Administration de l'enregistrement et des domaines.

Mission confiée au Gouvernement

Art. 30. Le Gouvernement fixe les modalités d'octroi de la garantie visée à l'article 27.

CHAPITRE II. — *Dispositions particulières*Section 1^{re}. — Enseignement et formation

Normes de rationalisation et de programmation

Art. 31. Pour le financement et la subsidiation, seuls sont retenus les établissements d'enseignement, les internats et les centres psycho-médico-sociaux qui répondent aux critères des normes de rationalisation et de programmation en vigueur, les normes de maintien en activité applicables aux établissements d'enseignement, majorées de 40 %, devant toutefois être atteintes tant au moment de la demande qu'au cours des trois années scolaires précédant celle-ci.

Enseignement

Art. 32. § 1^{er}. Par dérogation à l'article 16, le subside représente 80 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, et 7° à 9°, envisagés par des établissements d'enseignement.

Le subside représente 60 % du montant total des dépenses subsidiables pour le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1, 6°.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, le subside représente 100 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 5° et 6°, en ce qui concerne les bibliothèques et médiathèques scolaires dans l'enseignement secondaire et supérieur.

§ 3. Par dérogation au § 1^{er}, le subside représente 100 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, envisagés par les établissements d'enseignement supérieur qui sont des personnes morales de droit public en vertu de l'article 5 de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone et font l'objet d'un accord entre pouvoirs organisateurs d'établissements d'enseignement supérieur.

Internats et infrastructures de formation ouvertes à différents pouvoirs organisateurs

Art. 33. Par dérogation à l'article 16, le subside représente 80 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure envisagés dans le secteur des internats ouverts à des élèves de tous les réseaux ainsi que pour ceux envisagés dans le secteur de la formation professionnelle et technique ouverte à différents pouvoirs organisateurs.

Centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes

Art. 34. Par dérogation à l'article 16, alinéa 1^{er}, le subside représente 80 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure envisagés par les centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes.

Par dérogation à l'article 16, alinéa 2, le subside représente 60 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°.

Section 2. — Affaires culturelles

Centres culturels à caractère régional

Art. 35. Par dérogation à l'article 16, alinéa 1^{er}, le subside représente 75 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 5° et 7° à 9°, en ce qui concerne les centres culturels à caractère régional créés par une commune, une régie communale ou une intercommunale et agréés.

Le Gouvernement fixe les conditions pour la mission régionale d'un centre culturel et conclut un contrat de gestion avec le pouvoir organisateur.

Terrains de camping

Art. 36. Seuls les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 9° entrent en ligne de compte pour la subsidiation de terrains de camping.

Par dérogation à l'article 16, le subside représente 30 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 6°, avec un maximum de € 30.000. Dans les cinq ans, les subsides pour un seul et même camping ne peuvent dépasser ce plafond.

Le subside représente 50 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 7° à 9°, avec un maximum de € 20.000. Pour un seul et même camping, les subsides ne peuvent dépasser ce plafond.

Etablissements hôteliers

Art. 37. Seuls les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 9° entrent en ligne de compte pour la subsidiation d'établissements hôteliers.

Par dérogation aux articles 1^{er} et 16, le Gouvernement octroie aux établissements hôteliers, pour leurs projets d'infrastructure, des primes qui doivent être remboursées dans les 10 ans de leur liquidation selon les modalités fixées par le Gouvernement.

Cette prime représente 30 % du montant total des dépenses acceptables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 6°, avec un maximum de € 50.000. Dans les cinq ans, les primes pour un seul et même établissement hôtelier ne peuvent dépasser ce plafond.

La prime représente 50 % du montant total des dépenses acceptables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 7° à 9°, avec un maximum de € 12.500. Pour un seul et même établissement hôtelier, la prime ne peut dépasser ce plafond.

Maisons de vacances

Art. 38. Seuls les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3° à 9°, entrent en ligne de compte pour la subsidiation de maisons de vacances.

Par dérogation à l'article 16, le subside représente 30 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 3° à 6°, avec un maximum de 7.500 €. Dans les cinq ans, les subsides pour une seule et même maison de vacances ne peuvent dépasser ce plafond.

Le subside représente 50 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1^{er}, 7° à 9°, avec un maximum de € 1.500. Pour une seule et même maison de vacances, les subsides ne peuvent dépasser ce plafond.

Par demandeur, des subsides ne peuvent être octroyés que pour cinq maisons de vacances au plus.

Section 3. — Protection des monuments

Protection des monuments

Art. 39. Seul le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4°, entre en ligne de compte pour une subsidiation lorsqu'il s'agit de monuments et sites classés ainsi que d'installations fixes faisant partie intégrante de biens immeubles ou de sites classés.

Par dérogation à l'article 16, le subside représente 40 % du montant total des dépenses subsidiables, avec un maximum de 125.000 €, lorsque le demandeur est une personne de droit privé.

Section 4. — Matières personnalisables

Office pour les personnes handicapées

Art. 40. En ce qui concerne les demandes qui relèvent de la compétence de l'Office pour les personnes handicapées, la demande visée à l'article 24 sera introduite auprès dudit Office, lequel assumera les missions du Gouvernement prévues dans cet article.

L'Office rend un avis sur les demandes prévues aux articles 19 et 21 et qui concernent un projet d'infrastructure relevant de ses compétences.

Services et établissements pour personnes handicapées

Art. 41. Par dérogation à l'article 16, le subside représente 80 % du montant total des dépenses subsidiables pour les projets d'infrastructure mentionnés à l'article 2, alinéa 1, 1° à 5° et 7° à 9°, envisagés par les services et établissements pour personnes handicapées.

Le subside représente 60 % du montant total des dépenses subsidiables pour le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°.

Aménagement de maisons prises en location, intégrées et adaptées aux personnes en chaise roulante

Art. 42. Le subside pour les frais particuliers découlant de l'aménagement de maisons prises en location, intégrées et adaptées aux personnes en chaise roulante, est plafonné à € 15.000.

Equipement de maisons de repos pour personnes âgées

Art. 43. Par dérogation à l'article 16, alinéa 2, le subside représente 60 % du montant total des dépenses subsidiables pour le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, envisagé par des maisons de repos et des maisons de repos et de soins pour personnes âgées.

Equipement d'hôpitaux

Art. 44. Par dérogation à l'article 16, alinéa 2, le subside représente 60 % du montant total des dépenses subsidiables pour le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, envisagé par des hôpitaux.

CHAPITRE III. — Dispositions modificatives, abrogatoires, transitoires et finales

Section Ire. — Dispositions modificatives et abrogatoires

Disposition modificative

Art. 45. L'article 4, § 1^{er}, 5°, du décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées est remplacé par la disposition suivante :

« 5° accorder des subsides pour l'aménagement d'établissements pour personnes handicapées; »

Disposition abrogatoire

Art. 46. Sont abrogés :

1° l'article 14 du décret du 26 juin 1986 réglant l'agrégation des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, l'octroi de subventions à ces services et la contribution du bénéficiaire de l'aide, modifié par le décret du 1^{er} mars 1988;

2° le décret du 28 juin 1988 relatif à l'octroi de subventions aux communes et aux associations sans but lucratif qui érigent ou achètent des biens immobiliers servant d'infrastructure dans les matières culturelles et personnalisables ou qui effectuent des travaux à cette infrastructure, modifié par les décrets des 21 octobre 1996 et 29 juin 1998;

3° les articles 6 et 7 du décret du 23 novembre 1992 relatif aux habitations de vacances, modifié par le décret du 23 octobre 2000;

4° l'article 21 du décret du 9 mai 1994 sur le camping et les terrains de camping, modifié par le décret du 21 octobre 1996;

5° l'article 31 du décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers, modifié par le décret du 4 mars 1996;

6° les articles 7 à 10, dans l'article 11 le passage «ainsi qu'un subside unique de maximum 500 000 francs par place pour les frais d'équipement» et l'article 12 du décret du 9 mai 1994 relatif à l'autorisation, à l'agrégation et à la subsidiation de structures d'accueil pour seniors, modifié par le décret du 21 octobre 1996;

7° les articles 7 à 17 du décret du 9 mai 1994 portant agréation d'institutions accueillant et encadrant provisoirement des personnes en détresse et portant octroi de subsides en vue de l'expropriation, l'achat, la construction, la location, la remise en état et l'équipement d'habitations destinées à l'accueil d'urgence, modifié par les décrets des 4 mars 1996, 21 octobre 1996 et 29 juin 1998;

8° le décret du 27 juin 1994 relatif au financement et à la subsidiation de mesures d'infrastructure prises dans l'enseignement organisé et subventionné par la Communauté germanophone, modifié par les décrets des 21 octobre 1996 et 29 juin 1998;

9° les articles 1 à 4 du décret-programme du 21 octobre 1996 relatif à l'infrastructure;

10° les articles 26 à 28*undecies* du décret-programme du 21 octobre 1996 relatif à l'infrastructure, remplacés par le décret du 29 juin 1998;

11° l'arrêté royal du 23 janvier 1951 relatif à l'allocation de subventions en vue de promouvoir les vacances ouvrières et le tourisme populaire, modifié par l'arrêté royal du 2 mars 1956 et le décret du 21 octobre 1996;

12° les articles 80 à 83 de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés, modifié par les arrêtés royaux des 10 mai 1965 et 21 janvier 1971 et l'arrêté du Gouvernement du 18 novembre 1996;

13° l'article 26 de l'arrêté royal du 20 mars 1975 relatif à l'agréation des services de santé mentale et à l'octroi de subventions en leur faveur;

14° l'arrêté royal du 22 juin 1987 fixant les règles qui déterminent le besoin en constructions nouvelles ou extensions et les normes physiques et financières pour les bâtiments scolaires, internats et centres psycho-médico-sociaux;

15° l'arrêté de l'Exécutif du 23 août 1988 portant subsidiation de biens d'installation pour des services agréés d'aide aux familles et aux personnes âgées;

16° l'arrêté de l'Exécutif du 25 août 1988 fixant le coût maximal à prendre en ligne de compte lors de l'octroi de subsides pour des travaux de construction et l'équipement de maisons de repos pour personnes âgées;

17° l'arrêté de l'Exécutif du 1^{er} octobre 1988 réglant l'octroi de primes en vue de promouvoir l'aménagement, la modernisation et l'agrandissement de terrains de camping;

18° l'arrêté de l'Exécutif du 1^{er} octobre 1988 réglant l'octroi de primes en vue de promouvoir la création, la modernisation et l'agrandissement d'établissements hôteliers;

19° l'arrêté de l'Exécutif du 7 mai portant subventionnement des dépenses d'infrastructure faites par les établissements pour personnes handicapées et par les ateliers protégés, modifié par l'arrêté du 18 novembre 1996;

20° les articles 8 à 12 de l'arrêté du Gouvernement du 10 novembre 1993 relatif aux habitations de vacances;

21° l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 1994 portant exécution du décret du 27 juin 1994 relatif au financement et à la subsidiation de mesures d'infrastructure prises dans l'enseignement organisé et subventionné par la Communauté germanophone en ce qui concerne la composition et fonctionnement de la commission de planification et de la commission d'experts;

22° l'arrêté du Gouvernement du 11 janvier 1995 relatif à la procédure d'approbation en vue du financement et de la subsidiation de mesures d'infrastructure prises dans l'enseignement organisé et subventionné par la Communauté germanophone;

23° l'arrêté du Gouvernement du 12 avril 1995 transférant des pouvoirs de décision au chef de service du "service infrastructure" de la division "Services du secrétaire général" auprès du ministère de la Communauté germanophone dans le cadre de la procédure d'approbation en vue du financement et de la subsidiation de mesures d'infrastructure prises dans l'enseignement organisé et subventionné par la Communauté germanophone;

24° l'arrêté du Gouvernement du 28 août 1996 déterminant les biens meubles subventionnés comme équipement en application du décret du 27 juin 1994 relatif au financement et à la subsidiation de mesures d'infrastructure prises dans l'enseignement organisé et subventionné par la Communauté germanophone;

25° l'arrêté du Gouvernement du 23 octobre 1998 portant subsidiation de l'infrastructure dans les matières culturelles et personnalisables;

26° l'arrêté ministériel du 22 septembre 1966 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement, l'aménagement et l'entretien des centres de formation ou de réadaptation professionnelle pour handicapés, modifié par l'arrêté ministériel du 25 octobre 1969 et par l'arrêté du Gouvernement du 18 octobre 1990;

27° l'arrêté ministériel du 30 janvier 1967 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement, l'aménagement et l'entretien des centres ou services d'orientation professionnelle spécialisée, modifié par l'arrêté ministériel du 25 octobre 1969 et par l'arrêté du Gouvernement du 18 octobre 1990;

28° l'arrêté ministériel du 5 septembre 1978 fixant les critères d'octroi des subsides à la création, l'agrandissement ou l'aménagement d'ateliers protégés, modifié par l'arrêté ministériel du 25 octobre 1969 et par les arrêtés du Gouvernement des 18 octobre 1990 et 18 novembre 1996;

29° les articles 13, § 2, et 14 de l'arrêté ministériel du 27 mars 1979 fixant l'intervention financière de l'Etat dans la formation permanente réglée par l'arrêté royal du 4 octobre 1976 relatif à la formation permanente dans les classes moyennes, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 6 juillet 2000.

Section 2. — Dispositions transitoires

Projets d'infrastructure ayant reçu une promesse ferme de subside

Art. 47. Pour les projets d'infrastructure ayant reçu une promesse ferme avant l'entrée en vigueur du présent décret, que ce soit pour l'ensemble du projet ou pour une partie d'un projet subdivisé en lots, les règles de subsidiation applicables avant l'entrée en vigueur du présent décret restent d'application.

Les articles 4, 6, 13, 14, 18, 23, 25, alinéas 2 à 4, et 26, du présent décret sont toutefois valables dès son entrée en vigueur.

Projets d'infrastructure pour lesquels des subsides ont été demandés

Art. 48. Le présent décret s'applique à toutes les demandes pour lesquelles aucune promesse ferme de subside n'a été donnée avant son entrée en vigueur.

Section 3. — Dispositions finales

Plan d'infrastructure 2002-2004

Art. 49. Pour figurer dans le plan d'infrastructure arrêté par le Gouvernement pour les années 2002-2004, il faut avoir introduit les documents dont question à l'article 19 non pas au moment de l'annonce du projet d'infrastructure mais au moment de l'inscription éventuelle dans le plan d'infrastructure.

Indexation

Art. 50. En vue de les adapter à l'évolution du coût de la vie et aux crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut multiplier par un coefficient tous les montants cités dans le présent décret ou certains d'entre eux.

Entrée en vigueur

Art. 51. Le présent décret produit ses effets le 1^{er} janvier 2002, sauf l'article 32, § 2, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2001.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au Moniteur Belge.

Eupen, le 18 mars 2002.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre de l'Emploi,
de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports.

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme.

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales.

Note

(1) *Session 2001-2002*

Documents du Conseil : 71 (2000-2001) n° 1

Projet de décret; n° 2-4

Propositions d'amendement n° 5

Rapport; n° 6-10

Propositions d'amendement relatives au texte adopté par la Commission;

71 (2001-2002) n° 11 — Rapport supplémentaire

Rapport intégral : discussion et vote — séances du 4 et 18 mars 2002.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2002 — 2419

[C — 2002/33050]

18 MAART 2002. — Decreet betreffende de Infrastructuur (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Op alle infrastructuurprojecten toepasselijke bepalingen**Afdeling 1. — Toepassingsgebied*

Doelstelling

Artikel 1. Voorliggend decreet bepaalt de voorwaarden waaronder de Regering van de Duitstalige Gemeenschap binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen toelagen toekent voor infrastructuurprojecten in het Duitse taalgebied.

Definities

Art. 2. Voor de toepassing van dit decreet dient onder infrastructuurproject te worden verstaan :

- 1° de nieuwbouw van gebouwen of buiteninfrastructuren;
 - 2° de aanschaffing of onteigening van terreinen, gebouwen of gedeelten van gebouwen;
 - 3° de ombouw of de uitbouw van een bestaand gebouw of van een buiteninfrastructuren;
 - 4° de instaatstellingswerken aan bestaande gebouwen of buiteninfrastructuren;
 - 5° de inrichting met uit hun aard of door hun bestemming onroerende goederen die onontbeerlijk zijn om de vaste goederen of de buiteninfrastructuren te gebruiken;
 - 6° de uitrusting met roerende goederen die onontbeerlijk zijn om de vaste goederen of de buiteninfrastructuren te gebruiken;
 - 7° de maatregelen ter verbetering van de verkeersveiligheid in de directe omgeving van de infrastructuur;
 - 8° de maatregelen ter verbetering van de toegankelijkheid voor de gehandicapten en van de veiligheid;
 - 9° de maatregelen waarbij aspecten i.v.m. het duurzaam bouwen in aanmerking worden genomen.
- In éénzelfde project mogen verschillende in het eerste lid vermelde infrastructuurprojecten worden opgenomen. Alle in dit decreet vermelde bedragen dienen exclusief BTW te worden verstaan.

Alternatieve financieringen

Art. 3. Op alternatieve wijze gefinancierde infrastructuurprojecten kunnen worden gesubsidieerd, indien het akkoord van de Regering vóór het afsluiten van een dienovereenkomstige overeenkomst is gevraagd. Dit akkoord opent het recht op toelagen waarvan het bedrag het met toepassing van dit decreet geactualiseerde bedrag niet mag overschrijden, behalve als de toelage ook op alternatieve wijze wordt gefinancierd.

De Regering legt de toepassingsmodaliteiten van voorafgaand lid vast, waarbij zij in eventuele afwijkingen van artikel 18 voorziet.

Afdeling 2. — Algemene bepalingen

Openbare aanbesteding

Art. 4. § 1. Alle aanvragers zijn onderworpen aan de op de openbare overheden toepasselijke bepalingen van de wetgeving inzake overheidsopdrachten voor aanneming van werken, leveringen en diensten.

§ 2. Bij een openbare aanbesteding :

- deelt de aanvrager ten minste 14 dagen bij voorbaat aan de Regering de datum van de opening van de inschrijvingen, waarop zij een afgevaardigde mag uitzenden, schriftelijk mede;
- zijn de processen-verbaal over de opening van de inschrijvingen met het bericht aan de Regering te betekenen, die binnen veertien dagen haar grieven mag doen gelden.

Voorwaarden m.b.t. de subsidiëring van infrastructuurprojecten

Art. 5. Om subsidieerbaar te zijn, moeten de infrastructuurprojecten in het bijzonder aan de vigerende programmienormen, aan de geldende voorschriften inzake toegankelijkheid voor de gehandicapten, ruimtelijke ordening en monumenten- en landschapszorg alsmede aan de door de Regering met toepassing van artikel 7 vastgelegde regels beantwoorden. Bovendien moeten ze bij het landschapsbeeld harmonisch passen.

Het in artikel 2, 7°, vermeld infrastructuurproject is enkel subsidieerbaar als het niet door andere overheden kan worden gesubsidieerd of als een toelage aangevraagd, echter niet toegekend werd.

Gebruik

Art. 6. De algemeen toegankelijke lokalen in de door de Gemeenschap gefinancierde of gesubsidieerde infrastructuren zijn voor het publiek open zonder enigerlei vorm van discriminatie om ideologische of filosofische redenen.

Aan de Regering toevertrouwde opdracht

Art. 7. Met het oog op de subsidiëring van infrastructuurprojecten kan de Regering :

- 1° voor alle of wel bepaalde bevoegdheden, voor zover ze niet door dit decreet geregeld worden, algemene maximumbedragen en maximumbedragen per meeteenheid vastleggen als basis voor de berekening van de infrastructuurtoelagen, waarbij zij de maximumbedragen ook volgens bouwkundige criteria kan differentiëren;
- 2° voor enkele of voor alle gebieden programmienormen vastleggen;
- 3° termijnen bepalen voor de subsidiëring van instaatstellingswerken of voor de vernieuwing van de inrichting of de uitrusting;
- 4° regels vastleggen voor het gebruik van gesubsidieerde infrastructuren door andere gebruikers dan de inrichtende machten;
- 5° specifieke voorschriften vastleggen inzake toegankelijkheid voor de gehandicapten van de gesubsidieerde infrastructuren;
- 6° specifieke voorschriften vastleggen met betrekking tot de aanwending van bouw materiaal, het redelijk energieverbruik of andere aspecten i.v.m. het duurzaam bouwen.

Afdeling 3. — Infrastructuurplan

Doelstelling

Art. 8. Het infrastructuurplan omvat de lijst met de binnen een bepaalde termijn uit te voeren infrastructuurprojecten.

Het infrastructuurplan is het resultaat van :

- de noodzakelijke instaatstellingswerken bepaald op grond van een plaatsbeschrijving van alle door de Duitstalige Gemeenschap gefinancierde of gesubsidieerde infrastructuren;
- de behoefte aan nieuwe gebouwen bepaald op grond van een volledige analyse van de behoeften op langere termijn, waarbij rekening moet worden gehouden met alle binnen een bepaalde geografische kring bestaande infrastructuren die door een aanvrager kunnen worden gebruikt;
- de verenigbaarheid van de infrastructuurprojecten met de financiële planning op langere termijn van de Duitstalige Gemeenschap.

Goedkeuring

Art. 9. Na overleg met de gemeenten keurt de Regering een meerjarenplan inzake infrastructuur goed dat jaarlijks wordt bijgewerkt.

Het infrastructuurplan wordt samen met het begrotingsontwerp aan de Raad van de Duitstalige Gemeenschap overgemaakt.

Subsidiëringsvoorwaarde

Art. 10. Om subsidieerbaar te zijn, moet een infrastructuurproject in het infrastructuurplan zijn opgenomen, met uitzondering van het in artikel 2, lid 1, 6°, bepaald infrastructuurproject.

Bij uiterste dringendheid kan de Regering een infrastructuurproject goedkeuren dat niet in het infrastructuurplan is opgenomen.

Afdeling 4. — Subsidiëring

Onderafdeling 1. — Voorwaarden

Aanvrager

Art. 11. De privaatrechtelijke personen, die niet in het tweede lid zijn vermeld, kunnen uitsluitend toelagen verkrijgen voor :

1° de in artikel 2, lid 1, 1° en 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten ten behoeve van hotelinrichtingen en kampeerterrinen;

2° de in artikel 2, lid 1, 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten ten behoeve van vakantiewoningen;

3° de in artikel 2, lid 1, 4°, vermelde infrastructuurprojecten ten behoeve van onder monumentenzorg geplaatste gebouwen en landschappen;

4° infrastructuurprojecten ten behoeve van onderwijsinrichtingen, internaten en psycho-medisch-sociale centra.

Voor zover ze op het rechtsgebied van de Duitstalige Gemeenschap werkzaam zijn, kunnen :

1° de gemeenten;

2° de zelfstandige regies;

3° de intercommunales;

4° de kerkfabrieken;

5° de verenigingen zonder winstgevend doel;

6° de stichtingen;

7° de openbare centra voor maatschappelijk welzijn;

8° de vennootschappen met een sociaal oogmerk;

9° de bouwcoöperaties;

10° alle andere openbare instellingen,
toelagen verkrijgen voor infrastructuurprojecten op alle gebieden.

Eigendomsverhoudingen

Art. 12. Behalve voor de in artikel 2, lid 1, 2°, vermelde infrastructuurprojecten kan een toelage slechts worden toegekend als de aanvrager eigenaar is van de bestaande onroerende goederen resp. van het terrein waarop de infrastructuur zal worden opgericht, of in het bezit is van een erfpachtverdrag, opstalverdrag of huurcontract met, op het ogenblik van de aanvraag, een looptijd van ten minste :

— 3 jaar, indien de globale toelage minder dan € 7.500 bedraagt;

— 12 jaar, indien de globale toelage minder dan € 125.000 bedraagt;

— 20 jaar, indien de globale toelage minder dan € 250.000 bedraagt;

— 33 jaar, indien de globale toelage ten minste € 250.000 bedraagt.

In geval van vroegtijdige opzegging door de verhuurder of bij ontbinding door zijn schuld voorziet het erfpachtverdrag, opstalverdrag resp. huurcontract in de terugbetaling van de toelagen te zijner laste, zoals bepaald in artikel 25. De bepalingen van het verdrag resp. het contract mogen de uitvoering van de werken waarvoor de toelagen zijn aangevraagd, niet verhinderen.

Verzekering

Art. 13. Het te subsidiëren onroerend goed of de te subsidiëren inrichting is tegen brand en andere gevaren te verzekeren, wat de eenvoudige risico's betreft in de zin van de wetgeving inzake landverzekering. Een verzekering inzake « objectieve » burgerlijke aansprakelijkheid dient te worden afgesloten indien zij wettelijk voorgeschreven is.

Werftoezicht

Art. 14. Voor projecten waarvan de globale kosten ten minste € 400.000 bedragen, is de afsluiting van een verdrag over het werftoezicht en van de daarmee verbonden verzekering voor een tienjarige garantie, alsmede van een werfverzekering met een erkende onderneming verplicht.

Financieel plan

Art. 15. Toelagen worden slechts toegekend wanneer de aanvrager het bewijs levert dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen gedekt is.

Dit bewijs wordt door middel van een omstandig financieel plan geleverd dat onder andere een analyse van de werkings- en onderhoudskosten omvat en waaruit, in voorkomend geval, blijkt hoe de kosten op de eindverbruiker worden afgewenteld.

Voor projecten waarvan de globale kosten ten minste € 400.000 bedragen of waarvoor de in artikel 27 vermelde garantie van de Gemeenschap wordt aangevraagd, moet het financieel plan een door de bevoegde gemeenteontvanger of door een erkende revisor of accountant opgesteld advies worden bijgevoegd.

Onderafdeling 2. — Bedrag van de toelagen

Algemene percentages

Art. 16. Voor de in artikel 2, lid 1, 1° tot 5° en 7° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten bedraagt de toelage 60 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Voor het in artikel 2, lid 1, 6°, vermeld infrastructuurproject bedraagt de toelage 50 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

De toelage is, in voorkomend geval, beperkt tot de geldende maximumbedragen.

Berekeningsbasis voor de toelage

Art. 17. § 1. Voor de infrastructuurprojecten vermeld in artikel 2, lid 1, 1°, 3° tot 5° en 7° tot 9°, bevat het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven alle werkelijk gemaakte uitgaven m.b.t. de infrastructuurprojecten, o.a. de arbeids- en materiaalkosten, de wettelijk voorgeschreven prijsherziening, de kosten m.b.t. de wettelijk voorgeschreven coördinator inzake veiligheid, de werfverzekering en/of het werftoezicht, de BTW, indien ze niet teruggevorderd wordt, alsmede het ereloon van de architecten, ingenieurs en andere deskundigen.

De kosten die in het kader van de toegekende maximumbedragen uit de afwijkingen van het goedgekeurd project voortvloeien, kunnen als aanneembare uitgaven in aanmerking worden genomen, indien ze vooraf door de Regering zijn goedgekeurd.

De aanneembare uitgaven aangegaan vóór de vaste belofte van de Regering ter voorbereiding van de aanvraag bedoeld in artikel 21 zijn slechts subsidieerbaar als het betrokken infrastructuurproject gesubsidieerd wordt.

§ 2. Voor de infrastructuurprojecten vermeld in artikel 2, lid 1, 2°, wordt de toelage berekend op een basis die de raming niet mag overschrijden welke opgesteld werd door de bevoegde ontvanger van de Administratie der Registratie, de bevoegde ambtenaar van het Nationaal Comité tot aankoop van onroerende goederen of een beëdigde taxateur, eventueel verhoogd met de wettelijke of door de overheden betaalde vergoeding voor wederbelegging of pachtvergoeding.

Het globaal bedrag van de subsidieerbare uitgaven m.b.t. de in artikel 2, lid 1, 6°, vermelde infrastructuurprojecten omvat de door de Regering goedgekeurde aankoopprijs, de BTW, indien ze niet teruggevorderd wordt, en het ereloon van de projectbepalers.

Onderafdeling 3. — Uitbetaling van de toelage

Uitbetaling

Art. 18. § 1. De toelage wordt na de beëindiging of oplevering van de werken resp. na de aankoop uitbetaald, op basis van de ingediende rekeningen en betalingsbewijzen en na de betekening van de verzekeringspolissen bedoeld in artikel 13.

§ 2. De globale toelage mag door middel van proportionele betalingen worden uitbetaald.

De daartoe ingediende gedetailleerde staten van de werken moeten door de bouwheer of architect worden goedgekeurd en telkens een minimumbedrag van € 10.000 in rekening brengen.

De proportionele betalingen mogen 90 % van de globale toelage niet overschrijden.

§ 3. Na beëindiging of oplevering van de werken vindt de eindafrekening plaats aan de hand van alle noodzakelijke bewijsstukken; alle afwijkingen van de in het bestek vermelde werken worden in een met redenen omklede staat opgenomen.

Ten laatste 5 jaar na de vaste belofte resp. goedkeuring van de Regering bedoeld in de artikelen 21 tot 24 moeten de definitieve bewijsstukken ingediend zijn. Vertragen gerechtelijke procedures de afwerking van een project, dan kan de Regering deze termijn verlengen.

Afdeling 5. — Procedure

Onderafdeling 1. — Algemene procedure

Aanmelding van infrastructuurprojecten

Art. 19. § 1. De aanvrager meldt een infrastructuurproject bij de Regering aan; daarvoor moeten ten minste de volgende documenten worden ingediend, voor zover ze voor het infrastructuurproject noodzakelijk zijn :

1° gegevens m.b.t. de identiteit van de aanvrager alsmede, desgevallend, een afschrift van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten, de actuele samenstelling van de raad van beheer alsmede het BTW-nummer;

2° het bewijs dat het project nuttig is en dat er een behoefte aan bestaat, rekening houdend met de actuele en potentiële gebruikers van de infrastructuur alsmede een nauwkeurige beschrijving van het geplande infrastructuurproject;

3° een schets ter verduidelijking van het infrastructuurproject;

4° een kostenraming en een schatting van de uitvoeringstermijnen;

5° het bewijs dat de BTW eventueel aftrekbaar is;

6° de grote lijnen van het financieel plan;

7° het bewijs van het principiële akkoord van de gemeente resp. de gemeenten om bij te dragen in de financiering als het in het financieel plan is voorgeschreven;

8° het bewijs dat het infrastructuurproject aan de vigerende programmatienormen beantwoordt;

9° het bewijs dat het onroerend goed onder monumentenzorg geplaatst is.

De Regering kan termijnen bepalen voor de aanmelding van infrastructuurprojecten.

§ 2. De aanmeldingen die alle vereiste documenten omvatten, worden in een registratieboek ingeschreven.

De inschrijving in het registratieboek geeft de aanvrager het recht om door de Regering gehoord te worden.

Opneming in het infrastructuurplan

Art. 20. Met toepassing van artikel 8 en aan de hand van de ingediende documenten beslist de Regering of een ingeschreven infrastructuurproject al dan niet in het overeenkomstig artikel 9 goedgekeurd infrastructuurplan opgenomen wordt.

De Regering kan experts belasten met het opstellen van adviezen over de opneming van infrastructuurprojecten in het infrastructuurplan.

Binnen twee weken deelt de Regering de aanvrager mede of zijn infrastructuurproject al dan niet in het infrastructuurplan wordt opgenomen.

De opneming van een infrastructuurproject in het infrastructuurplan geeft de aanvrager het recht om door de Regering gehoord te worden.

Subsidiëringsaanvraag

Art. 21. § 1. Na opneming van een infrastructuurproject in het infrastructuurplan kan de aanvrager een subsidiëringsaanvraag bij de Regering indienen. Bij de aanvraag moeten ten minste volgende documenten gevoegd worden, voor zover ze voor het infrastructuurproject noodzakelijk zijn :

- 1° het eigendomsbewijs of een afschrift van het huurcontract, het erfpachtverdrag of het opstalverdrag;
- 2° een afschrift van de beslissing van het bevoegd orgaan houdende aanwijzing van de projectbepaler en bepaling van de gunningsprocedure;
- 3° het bestek en de kostenramingen;
- 4° de plannen van het gebouw met vermelding van de bestemming van elk lokaal;
- 5° het financieel plan bedoeld in artikel 15;
- 6° het bewijs dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen van de Duitstalige Gemeenschap gedekt is;
- 7° een opgave van de actuele waarde van het gebouw d.m.v. de kadasterwaarde en van de brandverzekeringsspolis;
- 8° een afschrift van de stedenbouwkundige vergunning en van de plannen die voor het verkrijgen van die vergunning zijn ingediend;
- 9° het advies van de brandweerdienst;
- 10° de noodzakelijke vergunningen inzake monumentenzorg;
- 11° een notitie met de geplande maatregelen m.b.t. het duurzaam bouwen.

§ 2. Binnen drie maanden na ontvangst van de volledige aanvraag beslist de Regering erover en kent desgevallend de belofte voor een maximale toelage toe, onder voorbehoud van de wettelijk voorgeschreven prijsherziening.

Neemt de Regering geen beslissing binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn.

De volledige aanvragen moeten ten laatste op 30 september van het jaar waar het betrokken infrastructuurproject in het infrastructuurplan wordt opgenomen, bij de Regering worden ingediend.

De opdracht mag niet gegund en de aankopen mogen niet uitgevoerd worden vóór de vaste belofte of de in artikel 23 vermelde goedkeuring van de Regering.

§ 3. Het bedrag van de toelage wordt op basis van de herwaardering van de offertes aangepast; een afschrift ervan dient aan de Regering te worden betekend.

Wordt de maximale toelage niet overschreden, dan kan de opdracht worden gegund; een afschrift van de gunning dient aan de Regering te worden betekend.

Voor zover de opdracht nog niet gegund is, kan de Regering bij overschrijding van de maximale toegezegde toelage een nieuwe aanbesteding uitschrijven of het bedrag van de toelage verhogen.

Spoedprocedure

Art. 22. § 1. Instaatstellingswerken die gemotiveerd zijn door een bedreiging van het publiek respectievelijk een dreigende beschadiging of vernietiging van de hele infrastructuur kunnen vóór de in artikel 21 bedoelde vaste belofte van de Regering uitgevoerd worden en overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 16 tot 18 en 31 tot 42 van dit decreet gesubsidieerd worden.

Binnen de maand volgend op de gunning van de opdracht dient de aanvrager volgende documenten bij de Regering in :

- 1° een met redenen omklede verklaring van de burgemeester omtrent de bedreiging van het publiek of een met redenen omklede verklaring van een ingenieur of architect omtrent de dreigende beschadigingen of vernietiging van de hele infrastructuur;
- 2° een beschrijving en een kostenraming van de werken;
- 3° een afschrift van de in spoedgeval uitgevoerde gunningsprocedure;
- 4° het proces-verbaal over de met redenen omklede gunning van de opdracht.

Binnen drie maanden na ontvangst van de aanvraag beslist de Regering erover en kent, desgevallend, de belofte voor een maximale toelage toe. Is er geen beslissing binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn.

§ 2. Op voorlegging van de in artikel 19 vermelde documenten kan de Regering de in artikel 10, lid 2, vermelde infrastructuurprojecten goedkeuren. De subsidiëringsaanvraag moet overeenkomstig artikel 21 worden ingediend.

Meerkosten

Art. 23. Onvoorzienbare meerkosten kunnen overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 16 tot 18 en 31 tot 42 van dit decreet worden gesubsidieerd mits voorafgaande goedkeuring van de Regering omtrent de uitvoering van de werken of de verrichting van de uitgaven.

Te dien einde dient de aanvrager volgende documenten in :

- 1° het bewijs dat de meerkosten niet konden worden voorzien bij het opstellen van de volledige aanvraag;
- 2° de in artikel 21 bepaalde documenten die noodzakelijk zijn voor het infrastructuurproject, voor zover ze niet al ingediend zijn.

Onderafdeling 2. — Procedure voor de aanvraag om uitrustingsstoelagen

Uitrustingsstoelagen

Art. 24. § 1. In afwijking van de artikelen 19 tot 23 gelden voor de subsidiëringsaanvraag m.b.t. het in artikel 2, lid 1, 6°, bedoeld infrastructuurproject volgende regels :

De aanvrager dient een subsidiëringsaanvraag bij de Regering in, die volgende documenten moet omvatten :

- 1° gegevens m.b.t. de identiteit van de aanvrager alsmede, desgevallend, een afschrift van de in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakte statuten, de actuele samenstelling van de raad van beheer alsmede het BTW-nummer.

2° een eigendomsbewijs of een afschrift van het huurcontract, het erfpachtverdrag of het opstalverdrag met betrekking tot de bedoelde onroerende goederen;

3° een nauwkeurige beschrijving van de geplande uitrusting alsmede het bewijs dat het project nuttig is en dat er een behoefte aan bestaat;

4° het bewijs dat de BTW eventueel aftrekbaar is;

5° het bewijs dat gezorgd wordt voor de financiering van het gedeelte van de uitgaven dat niet door de toelagen van de Duitstalige Gemeenschap gedekt is;

6° de kostenramingen of het bestek.

Deze aanvraag geeft de aanvrager het recht om door de Regering gehoord te worden.

§ 2. Binnen drie maanden na ontvangst van de volledige aanvraag beslist de Regering erover en kent, desgevallend, de belofte voor een maximale toelage toe.

Neemt de Regering geen beslissing binnen deze termijn, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn.

De volledige aanvragen moeten ten laatste op 30 september ingediend worden voor zover ze uit de lopende begroting moeten worden gefinancierd.

De aankopen mogen niet uitgevoerd worden vóór de vaste belofte van de Regering.

§ 3. Het bedrag van de toelage wordt op grond van de herwaardering van de offertes aangepast; een afschrift ervan dient aan de Regering te worden betekend.

Wordt de maximale toelage niet overschreden, dan kan de opdracht worden gegund; een afschrift ervan dient aan de Regering te worden betekend.

Voor zover de opdracht nog niet gegund is, kan de Regering bij overschrijding van de maximale toegezegde toelage een nieuwe aanbesteding uitschrijven of het bedrag van de toelage verhogen.

Afdeling 6. — Terugbetaling

Verandering van bestemming

Art. 25. De Regering eist de terugbetaling van de toelage naar verhouding van de overblijvende looptijd wanneer de gesubsidieerde infrastructuur vóór het verstrijken van 3, 12, 20 resp. 33 jaar :

1° onder bezwarende titel of om niet wordt afgestaan;

2° niet meer tot het doel gebruikt wordt waarvoor de toelage werd toegekend;

3° de in artikel 12 vermelde huurcontracten voortijdig worden opgezegd,

en naargelang de gehele toelage minder dan 7.500, 125.000 of 250.000 of ten minste 250.000 euro bedroeg.

De terug te betalen toelage is gekoppeld aan de bouwindex.

Na kennis te hebben genomen van de afstand of verandering van bestemming van de infrastructuur resp. de vroegtijdige opzegging van het erfpachtverdrag, opstalverdrag resp. huurcontract moet de Regering binnen de twee jaar de vordering opeisen.

De Regering kan van haar vordering tot terugbetaling afzien, indien de infrastructuur voor één door haar goedgekeurde en op grond van dit decreet subsidiëerbare bestemming wordt gebruikt, voor zover daarvoor geen nieuwe toelage wordt aangevraagd.

Overtreding van de bepalingen inzake subsidiëring

Art. 26. Te allen tijde kan de Regering een toelage geheel of gedeeltelijk terugvorderen wanneer de ontvanger van de toelage de bepalingen van dit decreet overtreedt.

Afdeling 7. — Garantie

Garantie van de Gemeenschap

Art. 27. De Regering verleent de garantie van de Gemeenschap voor de terugbetaling van het kapitaal, de interesten en de kosten van de leningen voor het niet gesubsidieerde gedeelte van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven, op voorwaarde dat :

1° de aanvrager geen gemeente, geen intercommunale, geen openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, geen provincie en geen andere publiekrechtelijke instelling is;

2° de bouwheer een garantie heeft aangevraagd;

3° de globale kostprijs van het project ten minste € 100.000 bereikt;

4° het interest ten minste 0,5 % lager is dan de rentevoet gevraagd op de kapitaalmarkt voor vergelijkbare leningen.

Voorwaarden m.b.t. de leningen

Art. 28. De leningen bedoeld in artikel 27 mogen een maximale looptijd van 25 jaar hebben en moeten bij een te dien einde door de Regering erkende kredietinstelling aangegaan worden.

Terugvordering bij aanspraak op de garantie

Art. 29. Indien men aanspraak maakt op de in artikel 27 bedoelde garantie, kan de Regering met het oog op de terugbetaling de hieronder vermelde middelen in de volgende orde invoeren :

1° de werkingstoelagen die de aanvrager van de Duitstalige Gemeenschap verkrijgt, inhouden;

2° de inning door de Administratie van de registratie en domeinen ten laste van de aanvrager.

Aan de Regering toevertrouwde opdracht

Art. 30. De Regering legt de modaliteiten vast voor de toekenning van de in artikel 27 vermelde garantie.

HOOFDSTUK II. — *Bijzondere maatregelen**Afdeling 1. — Onderwijs en Opleiding*

Rationalisatie- en programmatiënormen

Art. 31. Voor de financiering en de subsidiëring worden slechts de onderwijsinrichtingen, internaten en psycho-medisch-sociale centra in aanmerking genomen die beantwoorden aan de criteria van de vigerende rationalisatie- en programmatiënormen, waarbij de voor onderwijsinrichtingen geldende behoudsnormen, verhoogd met 40 %, zowel bij de aanvraag als in de drie schooljaren vóór de aanvraag moeten worden bereikt.

Onderwijs

Art. 32. § 1. In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage voor de in artikel 2, lid 1, 1° tot 5° en 7° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten ten behoeve van onderwijsinrichtingen 80 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Voor het in artikel 2, lid 1, 6°, vermeld infrastructuurproject bedraagt de toelage 60 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

§ 2. In afwijking van § 1 bedraagt de toelage voor de in artikel 2, lid 1, 5° en 6°, vermelde infrastructuurprojecten ten behoeve van de schoolbibliotheken en -mediatheken in de secundaire scholen en in hogescholen 100 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

§ 3. In afwijking van § 1 bedraagt de toelage voor de in artikel 2, lid 1, vermelde infrastructuurprojecten ten behoeve van hogescholen, die publiekrechtelijke rechtspersonen zijn op grond van artikel 5 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap en die het voorwerp zijn van een overeenkomst tussen inrichtende machten van hogescholen, 100 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Internaten en opleidingsinfrastructuren die voor verschillende inrichtende machten open staan

Art. 33. In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage voor infrastructuurprojecten op het gebied van de internaten die voor de leerlingen van alle onderwijsnetten open staan, alsmede op het gebied van infrastructuurprojecten m.b.t. de beroepsopleiding en de technische opleiding die voor verschillende inrichtende machten open staan, 80 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand

Art. 34. In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage voor infrastructuurprojecten ten behoeve van de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand 80 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

In afwijking van artikel 16, lid 2, bedraagt de toelage voor het in artikel 2, lid 1, 6°, vermeld infrastructuurproject 60 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Afdeling 2. — Culturele aangelegenheden

Culturele centra met een regionaal karakter

Art. 35. In afwijking van artikel 16, lid 1, bedraagt de toelage voor de in artikel 2, lid 1, 1° tot 5° en 7° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten m.b.t. erkende culturele centra met een regionaal karakter die door een gemeente, gemeenteregie of intercommunale worden opgericht, 75 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

De Regering legt de voorwaarden voor de regionale opdracht van een cultuurcentrum vast en sluit een beheerscontract met de inrichtende macht af.

Kampeerterreinen

Art. 36. Slechts de in artikel 2, lid 1, 1°, en 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten komen in aanmerking voor de subsidiëring van kampeerterreinen.

In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage voor de in artikel 2, lid 1, 1° en 3° tot 6°, vermelde infrastructuurprojecten 30 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven, met een maximum van € 30.000. Binnen een termijn van 5 jaar mogen de toelagen voor éénzelfde kampeerterrein dit maximumbedrag niet overschrijden.

De toelage voor de in artikel 2, lid 1, 7° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten bedraagt 50 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven, met een maximum van € 20.000. Voor éénzelfde kampeerterrein mogen de toelagen dit maximumbedrag niet overschrijden.

Hotelinrichtingen

Art. 37. Slechts de in artikel 2, lid 1, 1°, en 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten komen in aanmerking voor de subsidiëring van hotelinrichtingen.

In afwijking van de artikelen 1 en 16 kent de Regering premies aan hotelinrichtingen toe voor hun infrastructuurprojecten; deze premies moeten volgens de door de Regering vastgelegde modaliteiten binnen 10 jaar na hun uitbetaling terugbetaald worden.

Voor de in artikel 2, lid 1, 1° en 3° tot 6°, vermelde infrastructuurprojecten bedraagt deze premie 30 % van het totaal bedrag der aanneembare uitgaven, met een maximum van € 50.000. Binnen een termijn van 5 jaar mogen de premies voor éénzelfde hotelinrichting dit maximumbedrag niet overschrijden.

Voor de in artikel 2, lid 1, 7° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten maakt de premie 50 % uit van het totaal bedrag der aanneembare uitgaven, met een maximum van € 12.500. Voor éénzelfde hotelinrichting mag de premie dit maximumbedrag niet overschrijden.

Vakantiewoningen

Art. 38. Slechts de in artikel 2, lid 1, 3° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten komen in aanmerking voor de subsidiëring van kampeerterreinen.

In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage voor de in artikel 2, lid 1, 3° tot 6°, vermelde infrastructuurprojecten 30 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven, met een maximum van € 7.500. Binnen een termijn van 5 jaar mogen de toelagen voor éénzelfde vakantiewoning dit maximumbedrag niet overschrijden.

De toelage voor de in artikel 2, lid 1, 7° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten bedraagt 50 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven, met een maximum van € 1.500. Voor éézelfde kampeerterrein mogen de toelagen dit maximumbedrag niet overschrijden.

Een aanvrager mag toelagen verkrijgen voor maximaal vijf vakantiewoningen.

Afdeling 3. — Monumentenzorg

Monumentenzorg

Art. 39. Slechts het infrastructuurproject vermeld in artikel 2, lid 1, 4°, komt in aanmerking voor een subsidiëring als het gaat om onder monumentenzorg geplaatste gebouwen en landschappen of om daaraan vast verbonden inrichtingen als deze tot onder monumentenzorg geplaatste onroerende goederen of landschappen behoren.

In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage 40 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven, met een maximum van € 125.000, indien de aanvrager een privaatrechtelijke persoon is.

Afdeling 4. — Persoonsgebonden aangelegenheden

Dienst voor de personen met een handicap

Art. 40. Wat de aanvragen betreft die tot de bevoegdheid van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap behoren, dient de in artikel 24 bedoelde aanvraag bij de betrokken Dienst ingediend te worden, die dan de in dit artikel bepaalde opdrachten van de Regering waarneemt.

De Dienst brengt een advies uit over de in de artikelen 19 en 21 bedoelde aanvragen m.b.t. een infrastructuurproject dat tot zijn bevoegdheid behoort.

Diensten en inrichtingen voor personen met een handicap

Art. 41. In afwijking van artikel 16 bedraagt de toelage voor de in artikel 2, lid 1, 1° tot 5° en 7° tot 9°, vermelde infrastructuurprojecten ten behoeve van de diensten en inrichtingen voor personen met een handicap 80 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

De toelage voor het in artikel 2, lid 1, 6°, vermeld infrastructuurproject bedraagt 60 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Inrichting van geïntegreerde, rolstoeltoegankelijke huurhuizen

Art. 42. De toelage voor de kosten voortvloeiend uit de inrichting van geïntegreerde, rolstoeltoegankelijke huurhuizen, is beperkt tot € 15.000.

Uitrusting van bejaardentehuizen

Art. 43. In afwijking van artikel 16, lid 2, bedraagt de toelage voor het in artikel 2, lid 1, 6°, vermeld infrastructuurproject ten behoeve van bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen 60 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

Uitrusting van ziekenhuizen

Art. 44. In afwijking van artikel 16, lid 2, bedraagt de toelage voor het in artikel 2, lid 1, 6°, vermeld infrastructuurproject gepland door de ziekenhuizen 60 % van het totaal subsidieerbaar bedrag der uitgaven.

HOOFDSTUK III. — Wijzigings-, opheffings-, overgangs- en slotbepalingen

Afdeling 1. — Wijzigings- en opheffingsbepalingen

Wijzigingsbepaling

Art. 45. Artikel 4, § 1, 5°, van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap, wordt door de volgende bepaling vervangen :

« 5° toelagen te verlenen voor de uitrusting van inrichtingen voor personen met een handicap; »

Opheffingsbepaling

Art. 46. Worden opgeheven :

1° artikel 14 van het decreet van 26 juni 1986 tot regeling van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp, van de toekenning van subsidies aan deze diensten en van de bijdragen van de beneficiant van de hulp, gewijzigd bij het decreet van 1 maart 1988;

2° het decreet van 28 juni 1988 betreffende de toekenning van toelagen aan gemeenten of verenigingen zonder winstoogmerk die onroerende goederen voor de infrastructuur op het gebied van culturele of persoonsgebonden aangelegenheden bouwen of aankopen of die werken aan deze infrastructuur uitvoeren, gewijzigd bij de decreten van 21 oktober 1996 en 29 juni 1998;

3° de artikelen 6 en 7 van het decreet van 23 november 1992 betreffende de vakantiewoningen, gewijzigd bij het decreet van 23 oktober 2000;

4° artikel 21 van het decreet van 9 mei 1994 over het kamperen en de kampeerterreinen, gewijzigd bij het decreet van 21 oktober 1996;

5° artikel 31 van het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen, gewijzigd bij het decreet van 4 maart 1996;

6° de artikelen 7 tot 10, in artikel 11 de passus « alsmede een eenmalige toelage voor de inrichtingskosten van ten hoogste BEF 500 000 per plaats » en artikel 12 van het decreet van 9 mei 1994 betreffende de toelating, de erkenning en subsidiëring van opvangvoorzieningen voor bejaarden, gewijzigd bij het decreet van 21 oktober 1996;

7° de artikelen 7 tot 17 van het decreet van 9 mei 1994 houdende de erkenning van inrichtingen die personen in een noodtoestand voorlopig opnemen en begeleiden en houdende toekenning van toelagen met het oog op de aankoop, de bouw, de huur, de reparatie en de uitrusting van noodopvangwoningen, gewijzigd bij de decreten van 4 maart 1996, 21 oktober 1996 en 29 juni 1998;

8° het decreet van 27 juni 1994 betreffende de financiering en de subsidiëring van infrastructuurmaatregelen genomen in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs, gewijzigd bij de decreten van 21 oktober 1996 en 29 juni 1998;

9° de artikelen 1 tot 4 van het programmadecreet van 21 oktober 1996 betreffende de infrastructuur;

10° de artikelen 26 tot 28 *undecies* van het programmadecreet van 21 oktober 1996 betreffende de infrastructuur, vervangen bij het decreet van 29 juni 1998;

11° het koninklijk besluit van 23 januari 1951 betreffende het verlenen van toelagen tot bevordering van de arbeidersvacantie en het volkstoerisme, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 2 maart 1956 en het decreet van 21 oktober 1996;

12° de artikelen 80 tot 83 van het koninklijk besluit van 5 juli 1963 betreffende de sociale reclassering van de mindervaliden, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 10 mei 1965 en 21 januari 1971 alsmede bij het besluit van de Regering van 18 november 1996;

13° artikel 26 van het koninklijk besluit van 20 maart 1975 betreffende de erkenning en de subsidiëring van de diensten voor geestelijke gezondheidszorg;

14° het koninklijk besluit van 22 juni 1987 houdende vaststelling van de regels die de behoefte aan nieuwbouw of uitbreiding bepalen en van de fysische en financiële normen voor de schoolgebouwen, internaten en psycho-medisch-sociale centra;

15° het besluit van de Executieve van 23 augustus 1988 tot subsidiëring van installatiegoederen voor erkende diensten voor gezins- en bejaardenhulp;

16° het besluit van de Executieve van 25 augustus 1988 tot vaststelling van de maximale kosten die in aanmerking genomen worden bij het verlenen van subsidies voor bouwwerken en uitrusting van rustoorden voor bejaarden;

17° het besluit van de Executieve van 1 oktober 1988 betreffende de regeling tot toekenning van premies om de aanleg, de modernisering en de uitbreiding van kampeerterreinen te bevorderen;

18° het besluit van de Executieve van 1 oktober 1988 houdende regeling van de toekenning van premies om de schepping, de modernisering en de vergroting van hotelinrichtingen te bevorderen;

19° het besluit van de Executieve van 7 mei 1993 tot subsidiëring van infrastructuuruitgaven gemaakt door inrichtingen voor minder-validen en door beschutte werkplaatsen, gewijzigd bij het besluit van 18 november 1996;

20° de artikelen 8 tot 12 van het besluit van de Regering van 10 november 1993 betreffende de vakantiewoningen;

21° het besluit van de Regering van 19 oktober 1994 tot uitvoering van het decreet van 27 juni 1994 betreffende de financiering en de subsidiëring van infrastructuurmaatregelen genomen in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs wat de samenstelling en de werking van de planificatiecommissie en van de commissie van deskundigen betreft;

22° het besluit van de Regering van 11 januari 1995 betreffende de goedkeuringsprocedure met het oog op de financiering en de subsidiëring van infrastructuurmaatregelen genomen in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs;

23° het besluit van de Regering van 12 april 1995 betreffende de overdracht van beslissingsbevoegdheden aan het diensthoofd van de "Dienst infrastructuur" van de afdeling "Diensten van de Secretaris-Generaal" bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap in het kader van de goedkeuringsprocedure met het oog op de financiering en de subsidiëring van infrastructuurmaatregelen genomen in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs;

24° het besluit van de Regering van 28 augustus 1996 houdende bepaling van de roerende goederen die in toepassing van het decreet van 27 juni 1994 betreffende de financiering en de subsidiëring van infrastructuurmaatregelen genomen in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs als uitrusting worden gesubsidieerd;

25° het besluit van de Regering van 23 oktober 1998 tot subsidiëring van de infrastructuur op het gebied van culturele of persoonsgebonden aangelegenheden;

26° het ministerieel besluit van 22 september 1966 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting, de inrichting en het onderhoud van de centra voor beroepsopleiding of omscholing van minder-validen, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 25 oktober 1969 en bij het besluit van de Regering van 18 oktober 1990;

27° het ministerieel besluit van 30 januari 1967 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der toelagen voor de oprichting, de vergroting, de inrichting en het onderhoud van de centra of diensten voor gespecialiseerde voorlichting bij beroepskeuze, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 25 oktober 1969 en bij het besluit van de Regering van 18 oktober 1990;

28° het ministerieel besluit van 5 september 1978 houdende vaststelling van de criteria voor toekenning van de toelagen voor de oprichting, de vergroting of de inrichting van beschutte werkplaatsen, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 25 oktober 1969 alsmede bij de besluiten van de Regering van 18 oktober 1990 en 18 november 1996;

29° artikel 13, § 2, en artikel 14 van het ministerieel besluit van 27 maart 1979 houdende bepaling van de rijkstoelagen voor het stelsel van de voortdurende vorming geregeld bij het koninklijk besluit van 4 oktober 1976 betreffende de voortdurende vorming in de middenstand, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 6 juli 2000.

Afdeling 2. — Overgangsbepalingen

Infrastructuurprojecten waarvoor een vaste belofte is verleend

Art. 47. De vóór de inwerkingtreding van dit decreet vigerende subsidiëringsregels blijven van toepassing op de infrastructuurprojecten waarvoor een vaste belofte al bestaat op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet, hetzij voor het geheel of voor een gedeelte van éézelfde in loten verdeeld project.

De artikelen 4, 6, 13, 14, 18, 23, 25, leden 2 tot 4, en 26, van dit decreet gelden echter vanaf de datum van zijn inwerkingtreding.

Infrastructuurprojecten waarvoor toelagen zijn aangevraagd

Art. 48. Dit decreet is van toepassing op alle aanvragen waarvoor nog geen vaste belofte is verleend vóór zijn inwerkingtreding.

Afdeling 3. — Slotbepalingen

Infrastructuurplan 2002-2004

Art. 49. Voor de opnemings in het voor de jaren 2002-2004 door de Regering goedgekeurd infrastructuurplan moeten de in artikel 19 vermelde documenten niet bij de aanmelding van het infrastructuurproject, maar wel op het ogenblik van de eventuele opnemings in het infrastructuurplan worden ingediend.

Indexatie

Art. 50. Met het oog op de aanpassing aan de kosten van levensonderhoud en aan de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering alle of verschillende van de in dit decreet vermelde bedragen met een coëfficiënt vermenigvuldigen.

Inwerkingtreding

Art. 51. Dit decreet heeft uitwerking op 1 januari 2002, met uitzondering van artikel 32, § 2, dat op 1 januari 2001 uitwerking heeft.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 18 maart 2002.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Werkgelegenheid,
Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Nota

(1) *Zitting 2001-2002*

Bescheiden van de Raad : 71 (2000-2001) nr. 1 — Ontwerp van decreet nr. 2-4. — Voorstellen tot wijziging nr. 5
Verslag nr. 6-10 — Voorstellen tot wijziging betreffend de tekst aangenomen door de Commissie nr. 1. — Bijkomend verslag.

Integraal verslag : — discussie en aanneming — Zitting van 4 en 18 maart 2002.

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2002 — 2420

[C - 2002/27607]

**6 JUNI 2002. — Arrêté du Gouvernement wallon
chargeant la Société publique d'Aide à la Qualité de l'Environnement
de procéder à des mesures de réhabilitation sur le site « Le Lumsonry » à Tarcienne.**

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret du 27 juin 1996 relatif aux déchets, notamment les articles 39 et 43;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 16 janvier 1997 fixant les conditions d'accès aux sites par la société publique constituée en exécution de l'article 39 du décret du 27 juin 1996 relatif aux déchets et établissant les modalités d'indemnisation des préjudices matériels du fait d'études, analyses, prélèvements ou travaux réalisés dans le cadre de la politique des déchets;

Vu la décision du Gouvernement wallon du 11 mars 1999 dans laquelle il définit les missions spécifiques de la SPAQUE;

Vu le contrat de services signé entre le Gouvernement wallon et la SPAQUE en date du 29 avril 1999,

Arrête :

Article 1^{er}. Le Gouvernement wallon charge la Société publique d'Aide à la Qualité de l'Environnement (SPAQUE S.A.) de procéder à des mesures de réhabilitation sur le site « Le Lumsonry » sur les terrains cadastrés à Tarcienne section B 99, 98B 98E, 98F, 50C52, 45b, 96A, 103E2, 103M2, 103N2, 103G2, 103H2, et 103J.

Art. 2. Les travaux ont pour objet toutes les mesures de réhabilitation nécessaires en ce compris le réaménagement final du site. Les travaux seront exécutés en plusieurs phases successives.

Ils comprennent notamment :

1. l'installation de chantier en ce compris, si nécessaire, l'enlèvement des clôtures existantes;
2. l'aménagement des accès au site;